

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Börsenstraße Nr. 16 b.
Telephonruf Nr. 3392.

Zusatz
für die sechsgepalte Kolonelle oder deren Raum 50 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Gewerkschaftliche Interessen im neuen Reichstag.

Am 3. Dezember trat der neugewählte Reichstag zu seiner ersten Session zusammen und erscheint es nach Lage der Dinge angezeigt, dem Ereignis auch in der Gewerkschafts- presse einige Betrachtungen zu widmen. Zunächst sei festgestellt, daß dem neuen Reichstag nach den vorliegenden Nachrichten eine Vorlage, betreffend das Handelsvertrags- provisorium mit England, sowie Gesekentwürfe (Novellen), betreffend die Revision des Militärpensions- und des Börsen- gesetzes, nach seiner Eröffnung zugehen werden. Von einer sozialpolitischen Vorlage ist also nicht die Rede, nicht einmal von der der kaufmännischen Schieds- gerichte, die nach mehrfachen seinerzeitigen Meldungen noch der alte Reichstag hätte erledigen sollen. Der fieberhafte sozialpolitische Eifer, den die Regierung und die bürgerlichen Parteien in der letzten Session des alten Reichstags ent- falteten, hat einer völligen Ruhe und Stille auf dem Gebiet der Sozialpolitik Platz gemacht, so daß man meinen könnte, er sei für die Gesetzgebung bereits erschöpft und es gebe daher für die Regierung hier nichts mehr zu tun. Diese plötzliche Veränderung der Situation bestärkt, was wir da- mals sagten, daß es sich bei dem sozialpolitischen Wettrennen in den letzten Monaten vor Schluß des Reichstags um wohl- berechnete, planmäßige Wahlpolitik, um Wahlpropaganda, um Arbeiterfang handelte. Also, vor der Wahl waren die bürger- lichen Politiker voller Arbeiterfreundlichkeit bis zum Überfluß, nach der Wahl sind die Arbeiter für sie Luft.

Damit gibt sich die Arbeiterschaft aber nicht zufrieden und so sind ihre Vertretung im Reichstag werden nun dafür zu sorgen haben, daß Regierung und Reichstag die Wünsche und Forderungen der Arbeiter erfüllen. Die Arbeitervertretung im Reichstag umfaßt nunmehr 81 Mann gegen 58 im alten Reichstag und die überwiegend große Mehrzahl der 81 Ab- geordneten sind Arbeiter, wirkliche Arbeiter, die im Hin- blick auf ihre Abstammung aus den Arbeiter- und Handwerker- kreisen hervorgegangen sind und die in ihrer Jugend gewerb- liche Berufe erlernt haben. Angesichts des Zusammentritts des neuen Reichstags bietet es einiges Interesse, die bezüg- lichen Verhältnisse näher kennen zu lernen, um so mehr als auch zahlreiche Metallarbeiter im Besitz von Reichs- tagsmandaten sind. Es sind folgende gelernte Berufsarbeiter Reichstagsabgeordnete:

Karl Frohme, Redakteur des Hamburger Echo, gelernter Maschinenschlosser; Alwin Gerich, Kassier des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei in Berlin, gelernter Maschinenschlosser; Ernst Grenz, Expedient der Leipziger Volkszeitung, gelernter Former; Otto Hud, Redakteur der Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung in Bochum, gelernter Maschinenschlosser; Richard Körsten, Sekretär der Gewerkschaften Berlins, gelernter Kunstgießer; Wilh. Mehger, Redakteur des Hamburger Echo, gelernter Klempner; Louis Schlegel, Gastwirt in Göttingen, gelernter Gärtner; Theodor Schwarz, Geschäftsführer in Lübeck, gelernter Former; Daniel Stücklen, Redakteur der Alter- burger Volkszeitung, gelernter Goldschläger; ferner: Ignaz Auer, Parteisekretär in Berlin, gelernter Sattler; Franz Jakob Ehrhart in Ludwigshafen, gelernter Tape- zierer; August Baudert, Gastwirt in Apolda, gelernter Textilarbeiter; Emil Eichhorn, Redakteur der Volksstimme in Mannheim, gelernter Glaser; Karl Grünberg, Woll- warenfabrikant in Gartha, gelernter Textilarbeiter; Julius Motteler-Leipzig, gelernter Textilarbeiter und Kauf- mann; Ernst Nitschke, Redakteur der Sächsischen Arbeiter- Zeitung, gelernter Textilarbeiter; August Bebel, Vor- sitzender des Parteivorstandes und Schriftsteller, gelernter Drechsler; Karl Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, gelernter Drechsler; August Dresbach-Mannheim, gelernter Tischler; Friedrich Lesche, Arbeitersekretär in Hamburg, gelernter Tischler; Karl Meißt, Zigarrenhändler in Köln, gelernter Tischler; Wilhelm Pfannkuch, Parteisekretär in Berlin, gelernter Tischler; Ernst Schulze-Koschbaude, gelernter Tischler; Franz Zuhauer, Tischlermeister in Berlin, gelernter Tischler; Robert Schmidt, Zentralarbeitersekretär in Berlin, gelernter Klaviermacher; Fritz Zubeil, Expedient des Vorwärts, gelernter Klaviermacher; Edmund Fischer, Redakteur des Armen Zeufel in Bittau, gelernter Holz- bildhauer; Georg Schöpflin, Redakteur der Mühlenthaler Volkszeitung in Leipzig, gelernter Bürstenbinder; Her- mann Sachse, Kassier, gelernter Stellmacher; Balthasar Kramer in Darmstadt, gelernter Zimmerer; Theodor Bömelburg, Vorsitzender des Maurerverbandes, gelernter Maurer; Heinrich Dieß, Buchdrucker und Buchhändler in Stuttgart, gelernter Buchdrucker; Richard Fischer, Leiter der Buchdruckerei des Vorwärts, gelernter Schriftsetzer; Fritz

Herbert, Redakteur des Stettiner Volksbote, gelernter Schriftsetzer; Karl Hilbrand, Zigarrenhändler in Stutt- gart, gelernter Schriftsetzer; Max Hofmann, Redakteur des Saalfelder Volksblattes, gelernter Schriftsetzer; Philipp Scheidemann, Redakteur des Offenbacher Abendblattes, gelernter Schriftsetzer; Albert Schmidt, Redakteur der Magdeburger Volksstimme, gelernter Schriftsetzer; Ernst Sidermann, Buchhalter der Sächsischen Arbeiter-Zeitung, gelernter Schriftsetzer; H. Wilhelm Schmidt, Redakteur der Frankfurter Volksstimme, gelernter Lithograph; Edmund Buchwald, Buchbindermeister in Altenburg; Adolf v. Elm, Geschäftsführer der Produktion in Hamburg, gelernter Zigarrenfortierer; Herman Förster, Zigarren- fabrikant in Hamburg, gelernter Zigarrenarbeiter; Friedrich Beyer, Redakteur des Tabakarbeiter, gelernter Zigarrenmacher; Wilhelm Raden, Zigarrenfabrikant in Dresden, gelernter Zigarrenmacher; Heinrich Meister, Redakteur der Volkswacht in Hannover, gelernter Zigarren- macher; Hermann Mostenbuhl, Redakteur des Hamburger Echo, gelernter Zigarrenmacher; Johann Schmalfeldt- Bremerhaven, gelernter Zigarrenmacher; Wilhelm Vock, Redakteur des Schuhmacher-Fachblattes, gelernter Schuh- macher; August Ruhn, Expedient des Proletarier aus dem Culengebirge, gelernter Schneider; Heinrich Mahlke in Hensburg, gelernter Schneider; S. Paul Reiffhaus in Erfurt, gelernter Schneider; Karl Sperla, Handschuh- fabrikant in Stuttgart, gelernter Handschuhmacher; Richard Lipinski, Buchhändler in Leipzig, gelernter Gärtner; Wilhelm Stolle, Gastwirt in Gersau bei Meerane, gelernter Gärtner; Julius Fräßdorf in Dresden, ge- gelernter Töpfer; Georg Horn, Redakteur des Fachgenosse, gelernter Glasarbeiter; Georg Fric, Gastwirt in Mün- chen, gelernter Mehger.

Das sind 9 Metallarbeiter, 14 Holzarbeiter, 8 Buch- drucker, 7 Zigarrenarbeiter, 4 Textilarbeiter, 3 Schneider, 2 Gärtner und je 1 Sattler, Tapezierer, Maurer, Töpfer, Glas- arbeiter, Glaser, Schuhmacher, Buchbinder, Lithograph, Hand- schuhmacher und Mehger, zusammen 58. Von den 23 sozial- demokratischen Reichstagsabgeordneten sind also die meisten aus den Arbeiter- und Handwerkerkreisen hervorgegangen, sind gelernte gewerbliche Arbeiter, die sich auf 17 Berufe (Textilarbeiter umfassen Spinner und Weber) verteilen. Der Rest von 23 sozialdemokratischen Abgeordneten setzt sich aus Kaufleuten, Redakteuren, Lehrern, Advokaten und anderen Akademikern zusammen. Die sozialdemokratische Fraktion entspricht also auch ihrer Zusammenfassung nach dem Charakter einer Arbeitervertretung, woran der Umstand, daß die ge- lerten Arbeiter heute meistens in anderen Berufen, als Redakteure, Sekretäre, Expedienten an Arbeiterzeitungen und in anderen Stellungen tätig sind, durchaus nichts ändert. Bei den fünf bis sechsmonatlichen Sessionen, die der Reichstag jedes Jahr hält, wäre es unmöglich, daß ein Arbeiter in der Fabrik oder Werkstatt seinen Posten ausfüllen und seine Arbeitspflichten dem Unternehmer gegenüber erfüllen könnte; der „schlichte Mann“ aus der Werkstatt, von dem einmal viel die Rede war, ist eben nur eine theoretische Figur, die in der Praxis nicht vorkommt. Aber selbst wenn sich ein so gutmütiger Unternehmer fände, der dem Arbeiter gestattet, die Hälfte des Jahres als Reichstagsabgeordneter in Berlin zuzubringen, so wäre damit ihm und seinen Arbeiterwählern nicht viel geholfen, weil ihm die nötige Freiheit und Un- abhängigigkeit zur Ausübung seines Mandats fehlte.

Aber die sozialdemokratischen Arbeiterabgeordneten sind und bleiben die schlichten Männer, die sie zuvor in der Fabrik und Werkstatt waren, auch nach dem vollzogenen Berufs- wechsel, es bleibt ihnen ihr in der Praxis und Theorie erworbenes Verständnis und Urteil für alle gewerblichen Fragen, für alle Arbeiterinteressen, es bleibt ihnen auch das Fühlen und Denken des Arbeiters, andernfalls könnten sie eben nicht Arbeitervertreter sein. Der Berufswechsel dieser Arbeitervertreter ist aber im Hinblick auf den vortrefflichen Marx'schen Satz, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, ein Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse in der Tat die Intelligenzen, die zur Führung des proletarischen Be- freiungskampfes notwendig sind, aus ihrer Mitte selbst her- vorbringt. Daß diese Arbeiterklasse aber auch die aus der Bourgeoisie zu ihr kommenden Intelligenzen, vor allem die Akademiker, die sich in den Dienst ihrer Sache stellen, mit offenen Armen aufnimmt, ist ein Zeugnis für ihre tiefe Ein- sicht, für ihre Weitherzigkeit, für ihre hohe Würdigung der Wissenschaft.

Die bürgerlichen Parteien, insbesondere das Zentrum, erlauben sich nicht selten den dummen und spießbürgerlichen Wis, die sozialdemokratischen Arbeitervertreter zu verhöhnen und zu verpöten, weil der Schlosser Redakteur, der Former Sekretär, der Maurer Verbandsvorsitzender ist. Da kann man nur sagen, sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie

In den 6 Millionen Stimmen der bürgerlichen Parteien sind mehrere Millionen Arbeiterstimmen enthalten, da leider in ihrer Kurzsichtigkeit noch viele Arbeiter nicht sozialdemokratisch, sondern bürgerlich stimmen. Wo sind nun die Arbeiter- vertreter unter den nationalliberalen, konservativen und ultra- montanen zc. Abgeordneten? Einzig die Zentrumspartei, die am meisten die sozialdemokratischen Arbeiterabgeordneten anrillt, die aber zugleich von den bürgerlichen Parteien die meisten Arbeiterstimmen hat, hat einen Arbeiter- abgeordneten in der Person des Renommierarbeiters Stögel in Essen. Das heißt von 316 bürgerlichen Abgeordneten ist ein einziger ein Arbeiter, natürlich auch ein gewesener Arbeiter. So würdigen die bürgerlichen Parteien die Millionen Arbeiter, die ihnen in ihrer Einsichtslosigkeit noch immer nachlaufen.

Die gewerkschaftlichen Interessen im neuen Reichstag bilden, wenn sie alle aufgezählt würden, ein reichhaltiges Programm und sie liegen auf dem Gebiet der Selbsthilfe wie der Staatshilfe. Bei der Selbsthilfe handelt es sich vor allem um die Beseitigung aller der reaktionären gesetzlichen Hindernisse, die der Arbeiterbewegung noch immer im Wege stehen und ihre Freiheit beeinträchtigen, und darum fordern wir die Schaffung eines freien Koalitionsrechtes, eines freien Vereins- und Versammlungsrechtes für die Arbeiter. Die bestehenden Schranken, die durch nichts gerechtfertigt sind, in den Händen einer parteiischen, stets auf der Seite des Unternehmertums, der Besitzenden über- haupst stehenden Polizei, zu Handhaben für Schikanierungen, Drangsalierungen und Verfolgungen der Arbeiter benutzt werden, müssen fallen; wir wollen tatsächlich mit den Unter- nehmern, die heute alles tun und lassen können, was sie wollen, als Staatsbürger gleichberechtigt sein und fordern wir für uns die gleiche Freiheit, deren sich die bestehende Klasse heute schon in vollstem Maße zu erfreuen hat. Auf dem Gebiet der Staatshilfe fordern wir vor allem den ernsthaften Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondere den Zehnstundentag für alle Arbeiter. Sodann aber fordern die Arbeiter auf dem weiten Gebiet der Sozialpolitik Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen und nicht minder stellen sie die Forderung auf dem Gebiet der formalen Politik um Vermehrung ihrer Rechte, damit sie den ihnen im Staate gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung verlangen können. Nicht zuletzt fordern die Arbeiter den Abschluß günstiger neuer Handelsverträge, eventuell Verlängerung der bestehenden Handelsverträge auf ein weiteres Jahrzehnt.

Kein Zweifel, die 81 sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag werden sich die Forderungen und Wünsche der Arbeiter sehr angelegen sein lassen und sie werden keine Ge- legenheit veräumen, die Interessen ihrer Arbeiterwähler ent- schieden und wirksam wahrzunehmen. Dabei wird der Frak- tion der große Zuwachs an Gewerkschaftlern sehr zu- statten kommen, bedeutet er doch eine große Summe an wirtschaftlichen und sozialen Kenntnissen, die ihr als sehr wertvoller Gewinn zugefallen ist. Und so wünschen wir im Interesse der Arbeiterschaft der neuen sozialdemokratischen Fraktion im neuen Reichstag eine reiche und erprießliche Tätigkeit!

Die Zukunft der Eisenindustrie.

Die für unsere Industrie notwendigen Rohmaterialien haben einen sehr großen, gar nicht zu korrigierenden Fehler, den, daß sie sich nicht erzeuhen oder nur in so gewaltigen Zeiträumen, daß von einem Ertrag für uns, nach Verbrauch der vorhandenen Mengen, tatsächlich keine Rede sein kann. So ist das bei der Kohle! Kohle ist kein Gebrauchsgegen- stand, sie dient aber zur Erzeugung solcher. Bei der Er- zeugung von Gütern wird die Kohle verbrannt, sie ist nur einmal zu verwerten. Ähnlich verhält es sich mit Erz, nur mit dem Unterschied, daß aus Erz Eisen und Stahl und im weiteren Bearbeitungsprozess die verschiedenartigsten Er- zeugnisse gewonnen werden. Diese können allerdings später wieder zu anderen Artikeln umgearbeitet werden, aber bei der steigenden Nachfrage nach Eisen ist, ebenso bezüglich der Erze wie der Kohle, die Frage nach den vorhandenen Mengen von großer Bedeutung. Die vorhandenen Reservoire sind nämlich nicht unererschöpflich. Der Bedarf an Urmaterial ist zu riesenhafter Weise in den letzten Jahrzehnten gestiegen. So betrug die jährliche Kohlengewinnung der Welt in 1876 rund 286 Millionen Tonnen, in 1901 war die Produktion gewachsen auf 780 Millionen Tonnen, bei Eisen stieg die Erzeugung in derselben Zeit von 14 1/2 Millionen Tonnen auf 40 1/2 Millionen Tonnen. Bei einer solchen Verteilung an Kohlen und der erforderlichen Erze ist eine Erschöpfung der Lager fast mit mathematischer Sicherheit zu berechnen. Der Erdreichtum an Kohlen, der mit nicht allzu hohen Kosten zu haben ist, wird auf 15 Milliarden Tonnen be-

rechnet. Der Vorrat würde in 50 bis 60 Jahren aufgebraucht sein. Selbst wenn die Schätzungen allzu pessimistisch sein sollten, für Belgien und England treffen sie sicher zu, dort dürfte der Vorrat an zu gewinnender Kohle vielleicht noch früher erschöpft sein als in 50 Jahren. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Forcierung des Kohlenexportes vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu verwerfen. Das Land, das bei entwickelter Industrie seinen Kohlenvorrat erschöpft hat, steht damit auch mit seiner gesamten Eisen- und Stahlindustrie am Rande des Abgrundes. Die Beherrscher der Kohlen, die ihre Organisation immer größerartig auszuwachsen lassen, haben es dann in der Hand, durch Preisbittatur die Industrie eines an Kohlen arm gewordenen Landes zu erwürgen. Das nicht allein. Sie können dann überall die rücksichtsloseste Preisrauberei betreiben, sich auf Kosten der Völker Reichthümer erzwingen, die man heute kaum ahnen kann. Da erkennt man auch die Gefahr für das Volkswohl, die das Privateigentum an Naturgütern in sich birgt. Im Interesse des Volkswohls, um nicht schließlich die Gesamtheit der Raubgier einiger weniger Personen ausgeliefert zu sehen, ist die Enteignung der Besitzer von Naturgütern, die Überführung solcher Güter in den Besitz des Volkes, ein dringendes Gebot der Selbsterhaltung.

Ebenjogut wie ehemals blühende Reiche durch landwirtschaftlichen Raubbau zugrunde gerichtet wurden, ebenso sicher werden auch durch industrielle Umwälzungen Völker von ihrer Kulturhöhe heruntergeschleudert. Da haben wir Ursache, auf der Hut zu sein, Vorsorge zu treffen, um so mehr, weil das Land, das voraussichtlich bei einer sinnlosen Weiterwirtschaft die europäische Erbschaft antreten könnte, Rußland, der Hort politischer und kultureller Reaktion ist, kein europäisches Volk verlangen darnach tragen kann, unter der Herrschaft der russischen Knete über die Wandlungen in der Weltgeschichte Betrachtungen anzustellen. Die wirtschaftliche Rückständigkeit Rußlands ist uns eine schlimme Gefahr. Die Rückständigkeit hindert dort an der Erschließung der vorhandenen Naturkräfte. Hält die Rückständigkeit vor bis zum Verfliegen der Rohprodukte in den übrigen Ländern, dann könnten diese Länder nicht nur zum wirtschaftlichen, sondern damit auch zum politischen Sklaven Rußlands werden. Was die auf das Ziel eines großen Rußland-Europa hinarbeitende russische Diplomatie nicht fertig bringen wird, das könnte das Resultat industrieller und wirtschaftlicher Umwälzung sein.

Man tröstet sich wohl in dem Gedanken, es würde der Wissenschaft gelingen, an Stelle der Kohle einen anderen, billigeren Brennstoff zu entdecken. Die Gelehrten sehen solchem Optimismus respektvollen Pessimismus entgegen. So urteilt zum Beispiel Professor Claudius: „Der Vorrat von potentieller (möglicher) Energie, welcher in den Kohlenlagern vorhanden ist, verdammt seine Entstehung derjenigen Energie, welche die Sonne der Erde in Form von strahlender Wärme, die zur Ernährung der Pflanzen notwendig ist, in langen, dem Verfliegen des Menschengeschlechtes vorausgegangenen Zeitperioden zugewandt hat. Wenn dieser Vorrat verbraucht sein wird, so wird kein Mittel einer noch so vorgerückten Wissenschaft imstande sein, eine weitere Energiequelle zu eröffnen, sondern die Menschen werden darauf angewiesen sein, sich mit der Energie zu behelfen, welche die Sonne im Laufe der ferneren Zeit noch fortwährend durch ihre Strahlen liefert.“ Claudius rät, mit den vorhandenen Schätzen der Natur weise Haus zu halten. Aber selbst wenn die Wissenschaft sich in dieser Beziehung irren sollte, wenn es doch gelingen würde, einen anderen Brennstoff zu gewinnen, es wäre dabei nicht viel gewonnen. Mit Kohle allein macht man keine Industrie, es gehört dazu auch Eisen, zur Eisenbereitung natürlich Erz. Entweder man beschränkt sich darauf, ausrangierte Erzeugnisse umzuschmelzen oder sonstige in andere Gebrauchsgüter umzuwandeln, oder man muß Erz haben, um neues Eisen herzustellen zu können. Nun sind aber heute schon die hauptsächlichsten europäischen Industrieländer sehr stark auf den Bezug von Eisenerzen angewiesen.

Es verarbeiten jährlich: England zirka 6,5, Deutschland 4, Belgien 2,5, Frankreich 1,6 Millionen Tonnen ausländische Erze. Fast ein Fünftel der in Deutschland benötigten Eisenerzmengen werden bereits aus dem Ausland geholt; Qualität respektive chemische Zusammensetzung der Erze spielen bei der Einfuhr eine große Rolle. Die Haupterzländer Deutschlands sind in Elsaß-Lothringen, Oberschlesien und im Siegerland. — England deckt ein Drittel seines Bedarfes an Eisenerz durch Bezug aus dem Ausland — drei Viertel der Einfuhr stammt aus Böhmen. — Frankreich bezog ein Viertel seines Bedarfes vom Ausland, darunter allerdings den größten Teil aus Deutschland. Dazu mußte Frankreich aber auch zirka 20 Prozent der benötigten Kohlenmenge importieren. — Belgien ist relativ reich an Kohlen, aber arm an Erz, die Gewinnung dort beläuft sich auf eine Viertel-million Tonnen im Jahre, dagegen beträgt die Einfuhr 2 1/2 Millionen Tonnen. — Österreichs Erzreichthum wird auf über 300 Millionen Tonnen geschätzt, bei einer Förderung von nur 2 Millionen Tonnen im Jahre. — Schwedens Industrie ist nicht sehr bedeutend, dagegen ist das Land reich an Erzen, die wachsende Aufmerksamkeit der europäischen Industrieländer erregen und zu den Hoffnungen verleiten, hier auf lange Zeit die benötigten Mengen decken zu können. — Hauptächlich kommt zurzeit noch Spanien in Betracht als Erzlieferant. Spanien hatte 1902 schon eine Ausfuhr von 7 1/2 Millionen Tonnen Erz; der Selbstverbrauch ist gering, Mangel an Kohle hindert die industrielle Entwicklung. — Italiens Erzgewinnung ist nicht bedeutend und ist auch außer auf der Insel Elba Erz nirgends in bemerkenswerter Lagerung vorhanden. — Rußland konnte fast als das Zukunftserzland Europas für Kohle und Eisenerz bezeichnet werden. Der Vorrat der Doneschen Becken an Kohlen wird auf 11000 Millionen Tonnen geschätzt, außerdem sind noch andere mächtige Kohlenlagerungen vorhanden; der Kaukasus beherbergt ungeheure Mengen Eisenerze. Die Grundbedingung einer bedeutenden Industrie ist vorhanden. Die Rückständigkeit Rußlands in politischer und wirtschaftlicher Beziehung, besonders auch das Verkehrsweesen ist die Ursache der mangelhafter industriellen Entwicklung Rußlands. — China hat

bei Vorhandensein von Kohle und Erzen die Möglichkeit industrieller Entwicklung; daß hier Europa nicht die Vorhand bekommt, ist heute schon Rußlands Bestreben. Die übrigen Erzländer kommen wenig für Europa in Betracht, eher für Amerika. Dieses Land selbst ist unermesslich reich an allen Naturkräften, es könnte eventuell den europäischen Industrieländern bedeutende Mengen liefern. Würde man hierauf angewiesen sein, dann wäre Amerika sicher nicht zu bescheiden, durch Preisrauberei, wenn nicht die europäischen Industrie zu erwürgen, aber doch aus der europäischen Haut bequem und reichlich Riemen zu schneiden. Sieht man aber von Amerika, Afrika zc. als Lieferanten von Eisenerz ab, dann beruht die Hoffnung der Zukunft für die europäischen Staaten zunächst auf Schweden und Norwegen. Die Erzlager Spaniens werden bei dem heute beliebten Raubbau in vielleicht 20 Jahren erschöpft sein. Aber auch Schwedens Reichtum wird keine 100 Jahre vorhalten, wenn von hier alle Bedürfnisse befriedigt werden sollen. Europäisches Kapital wird ja überall Bestiitel von Erz- und Kohlenlagern erwerben, wenn aber die wirtschaftliche Existenz anderer Staaten, die Möglichkeit des eigenen politischen und wirtschaftlichen Aufschwunges gegeben ist, dann werden die resp. Länder sich kaum bedenken, durch Ausfuhrverbote den Versuch zu machen, einen Platz an der Sonne zu erobern. Wenn aber auch die Verhältnisse sich ohne politische Verwicklungen umgestalten, ordnen und regeln lassen, jedenfalls liegt die Gefahr vor, daß Rußland durch Anregung deutschen, französischen, englischen oder anderer Kapitals, sowie durch die aus industriell entwickelten Ländern eingewanderte oder kapitalistisch importierte Intelligenz, eine industrielle Entwicklung nimmt, die Rußland die europäische Priorität auf dem Wirtschaftsmarkt sichert.

Ob das eine wünschenswertere Perspektive ist als eine Abhängigkeit von Amerika, wird man wohl verneinen können. Jedenfalls wird in erster Linie die Aussicht für England durchaus nicht rosig. Englands Vorrat an Kohle wird zuerst erschöpft sein und heute schon ist die Existenz seiner Industrie gebunden an billigen Bezug fremder Erze. Tritt hierin bei gleichzeitigem Verfliegen der Kohlenlager eine Änderung ein, dann wird es mit der englischen Industriebherrschaft zu Ende gehen. Die im Schoße der Zukunft und zum Teil einer gar nicht so ferneren Zukunft ruhenden wirtschaftlichen Umwälzungen werden bei der kapitalistischen Form der Produktion und Distribution kaum ohne bedeutungsvolle politische Veränderungen sich vollziehen.

Sache der verschiedenen Regierungen ist es, durch Verhinderung der Verschleuderung der unerschöpflichen Naturkräfte von den Veränderungen sich nicht überraschen zu lassen, das eigene Volk vor großem Schaden zu bewahren.

Allerdings, die Völker vor Existenzbedrohung, vor Vernichtung, vor Niedergang der Kultur zu bewahren, gewaltigen Erschütterungen des Gesamtvolkkörpers vorzubeugen, ist Sache der Emanzipation des Proletariats der Welt. Wenn überall der Gedanke und Wille sich siegreich durchsetzen hat, daß die Gütererzeugung nicht den Zweck der Bereicherung einzelner Personen oder auch Nationen ist, sondern der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschheit zu dienen hat, und wenn das Proletariat sich überall ermannt, reißt die wirtschaftliche und politische Macht an sich, dann können Veränderungen wie die gezeichneten nicht mehr die Existenz eines Volksteils oder, nach den üblichen Begriffen ausgedrückt, eines oder mehrerer Volkstämme bedrohen.

Gerade jetzt, wo fast überall der Chauwinismus gepredigt wird, ist es angebracht, daran zu erinnern, daß nationalen Herrlichkeiten durch die eisernen Verhältnisse recht bald der Lebensfaden abgeschnitten werden kann. Der Sieg des Sozialismus ist gleichbedeutend mit Verhinderung sowohl nationaler wie industrieller Überhebung und Unterdrückung.

W. D.

Die gegenwärtige Lage der Metallarbeiter an der Unterweser.

Gleichgültigkeit, Unverstand und Egoismus der Arbeiter scheinen nach wie vor die treuen Verbündeten des Kapitals bleiben zu wollen, ja, es scheint sogar, als sollten die Ereignisse des letzten Jahres eher dazu beigetragen haben, die Arbeiter stupider zu machen, als daß sie ihnen, wie man annehmen müßte, die wahre Natur des Unternehmertums ein für alle Mal gezeigt und die Augen geöffnet haben sollten.

Als im verflohenen Sommer das Unternehmertum zu jenem Gewaltstreik ausholte, als man sah, wie es ernst wurde mit der rücksichtslosen Aussperrung, da kamen sie an, die solange gleichgültig bereitete gestanden hatten, um sich angstvoll mit an den gedeckten Tisch der Gewerkschaft zu setzen, um mit zu ernten, wo sie nicht geerntet hatten.

Was war denn die Schuld, daß damals die Unternehmer triumphieren konnten? Waren jene braven Kollegen schuld, die jahrelang in treuer Pflichterfüllung neue Kämpfer geworben haben? Waren die daran schuld, die mit unermüdlichem Eifer und Geschick an dem Ausbau der Organisationen gearbeitet, um das Erworben zu erhalten? Nein und abermals nein! Sie haben mit blutendem Herzen sehen müssen, wie die Arbeiterchaft der Unterweserorte sich hat erniedrigen lassen müssen, wie sie schlimmer kaum erniedrigt werden konnte.

Nicht das allein! Mancher brave Mann, der nichts weiter getan als seine Pflicht als Arbeiter und gutes Mitglied seines Verbandes, der unwillig eingetreten war für Recht und Gerechtigkeit, hat wochenlang auf dem Pflaster liegen müssen, Familienwäter müssen heute noch tief in den Heizräumen „holzer“ Schnell dampfer ihre „Frevellat“ hüßen. Sie waren nicht schuld daran. Wohl mag damals mancher bei sich gedacht haben: Vielleicht leiden wir nicht unkonst, vielleicht werden die Gleichgültigen nun einmal aufgerüttelt, vielleicht werden sie ihren Unverstand einsehen lernen und zu uns halten, um wieder gut zu machen, was sie in jahrelanger Lethargie verübt und verschuldet haben.

Doch nichts von alledem. Sie sind wieder unter das Joch getrieben und haben sich aus Furcht oder jauchender Duldsamkeit mit ihrem Geschick auszusöhnen versucht.

Das ungefähr ist das Bild, das sich gegenwärtig dem mit den hiesigen Verhältnissen vertrauten Beschauer darbietet, wenn er seinen Blick auf die Gesamtlage der Metallarbeiter richtet. So trostlos, so traurig, daß man fast verzweifeln möchte. Ist es nicht ein Jammer, wenn man sieht, auf der einen Seite eine blühende Schifffahrt und Schiffbaumindustrie, die jährlich Millionen für ihre Aktionäre abwirft, die sich von Jahr zu Jahr vergrößert, neues Areal erwirbt und neue Schiffe baut und bauen läßt, auf der andern Seite eine nach Tausenden zählende Arbeiterschaft, die nicht den Mut findet, um sich, und wärs ein noch so bescheidener Anteil, an dem von ihr erzeugten Mehrwert zu sichern, den sie jährlich, jahresweise bei überlanger Arbeitszeit und steter Lebensgefahr und weniger glänzender Entlohnung erschuften muß.

Soll es denn wirklich wahr sein, was da von dem Scharfmacherorgan, der „Arbeitgeberzeitung“ immer behauptet wird: „Die Massen sind einmal nicht zur Freiheit geboren, sie werden immer den am meisten abhängigen, dem am kräftigsten die Knete über sie schwingt!“ Zwar wird dies mit bezug auf Bebel ausgeführt, der nach dem von jenem Scharfmacherblatt gebrachten Artikel der Knutenschwinger sein soll. Aber jedenfalls ist diese Scharfmacherjentez der Grundjag der Unternehmer im allgemeinen und der an der Unterweser im besonderen, und leider, leider gibt sich der größte Teil der hiesigen Arbeiter dazu her, dem Scharfmacherphilosophen jene prozige und schnoddrige Behauptung beweisen zu helfen.

Warum haßt denn der Unternehmertroß unsere Organisationen so fürchtbar, warum wacht er denn mit Argusaugen über jeden, der sich erhebt, für diese zu werben, ja, warum nimmt man denn sogar Bestimmungen auf, die jede Verbreitung der Gewerkschaften verhindern sollen, und warum schreien die von den Schlotbaronen ausgehaltenen Scharfmacherorgane nach Beschränkung der Koalitionsfreiheit, nach Verschärfung der Gesetze gegen die Arbeiter, nach Beseitigung des Vereins- und Versammlungsrechts?

Sie wissen eben nur zu gut, daß die Gewerkschaften gerechte Forderungen stellen, sie wissen, daß sie ihre Forderungen auch durchzusetzen imstande sind, wenn möglichst alle Arbeiter sich organisiert haben und in der richtigen Erkenntnis ihrer Macht mit Hilfe der Organisation jener rücksichtslosen Profitwut ein Paroli bieten wollen.

Aber die Arbeitermassen sind einmal nicht zur Freiheit geboren, heißt es ja. Wie unendlich trostlos klingt das doch! Sie wollen nicht frei sein, nichts in ihrem Leben genießen, nur immer schuften bis ein Unfall sie zum Krüppel macht oder das Alter ihnen ihre Kraft raubt.

Die Unternehmer an der Unterweser haben sich im Gegensatz zu den Arbeitern in richtiger Erkenntnis des Wertes, den ein Zusammenschluß zu einer Interessengemeinschaft immer in sich birgt, organisiert und betreiben mit Hilfe ihrer Organe eine Agitation, einerseits, um alle Unternehmer in ihre Verbände hineinzubringen, um gegen die Gewerkschaften zu operieren, andererseits, um die gesetzgebenden Körperschaften gegen die Arbeiter einzunehmen, damit durch Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen den Arbeiterorganisationen jede Bewegungsfreiheit genommen werden soll.

Es wird kein vernünftiger Mensch den Arbeitgebern verargen, daß auch sie sich organisieren. Im Gegenteil könnte es jeder mit Freuden begrüßen, wenn Zwecke und Ziele der Unternehmerverbände nicht so verwerfliche wären. Hier an der Unterweser hat der Arbeitgeberverband in ganz raffinierter Weise gearbeitet und durch seine Maßnahmen die Lebenslage der Arbeiter im allgemeinen, die der Metallarbeiter im besonderen erheblich verschlechtert.

Der Arbeitsnachweis, der als Fingerring genau so heimlich oder unheimlich „arbeitet“ wie es in Hamburg der berühmte „Kraienlamp“ tut, ist durch ein in den letzten Tagen an anderer Stelle veröffentlichtes Vorkommnis als ein Maßregelungsburau par excellence gekennzeichnet worden. Ferner ist festgestellt, daß an einzelne Firmen gerichtete Schreiben von auswärtigen wohnenden Arbeitern um Arbeit vom Sekretär des Arbeitsnachweises dahingehend beantwortet werden, daß Schreiber nur möglichst bald hierherkommen soll, es würde ihm Arbeit besorgt werden.

Wer nicht mit Blindheit geschlagen ist, wird einsehen, daß es den Unternehmern darum zu tun ist, den an und für sich schon starken Zug nach hier zu steigern, um auf diese Weise ein möglichst großes Heer Arbeitsloser anzuhäufen, damit jederzeit Ersatz zur Stelle ist. Zur Kennzeichnung der Nichtswürdigkeit, die in diesem Verfahren liegt, sei nur ein Fall angeführt. Ein Schlosser aus Stettin fragt um Arbeit an, erhält den üblichen Bescheid, borgt sich Reifgeld und trifft mit froher Hoffnung hier ein, in der sicheren Erwartung, Arbeit zu bekommen. Bitter enttäuscht konnte er wieder umkehren. Wenn man genau weiß, daß ein Mangel an Leuten absolut nicht vorhanden ist; dann ist es eine frivole Handlungsweise, jemand zu Ausgaben zu veranlassen, die er unterlassen hätte, wenn ihm die Lage des Arbeitsmarktes, hier am Orte mitgeteilt worden wäre.

Durch ein solches Wirken wird die Gesamtlage der Metallarbeiter am Orte noch verschlechtert und das ist auch die Absicht der maßgebenden Personen im Arbeitgeberverband. Zur Beweisführung sei einiges vorgebracht. Durch wohlwollendere Behandlung und bessere Entlohnung haben sich die größeren Betriebe für alle Fälle einen Notstamm von Arbeitern geschaffen, der zum großen Teil aus sorgfältig ausgewählten Personen besteht, von denen auch ein garnicht kleiner Teil ernsthaft glaubt, daß sie allein die brauchbarsten, daß alle Lohnzuwendungen, Verschreibungen und dergl. auf ihre ganz besondere Tüchtigkeit zurückzuführen sind. Man macht sich da die schlechten Charaktereigenschaften, ohne die nun einmal wenige Menschen sind, zunutze. Falscher Ehrgeiz, Egoismus, ja sogar der Dummstolz mancher Kollegen sind, wie eingangs schon gesagt, hilfsbereite Geister, um dem berechnenden Betriebsleiter seinen Zweck, die Uneinigigkeit unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, erreichen zu helfen.

Man ist nicht so leicht geneigt, jemandem solche Handlungsweise zuzutrauen; jedoch die jämmerliche Entlohnung der großen Masse der Arbeiter beweist mit zwingender Logik, daß die Unternehmer gar keine andere Absicht leiten kann,

als durch solche Mittel jedes einige geschlossene Vorgehen zu verhindern. Sie sind sich vollkommen bewußt, daß sie dem Ringen der Arbeiter nach der ihnen so notwendigen Besserstellung erfolgreich nur dann begegnen können, wenn es gelingt, die Zwietracht und den Neid beständig unter den Arbeitern zu schüren. Aus diesem Grunde haben sie alle die ihnen reichlich zu Gebote stehenden Mittel erprobt und sind sie von dem Ergebnis derselben zufriedengefesselt. Sie werden keinen Augenblick zaudern, wenn ihnen der rechte Zeitpunkt gekommen dünkt, die Offensive zu ergreifen, Lohnabzüge in allen Spielarten vorzunehmen, kurzum, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter noch mehr herabzudrücken und die Organisation mit samt dem Koalitionsrecht (siehe Hafenarbeiter) mit plumpen Händen zu erwürgen.

Das bedeutet aber für die Metallarbeiter der Unterweserorte den körperlichen und moralischen Ruin. Ist es schon jetzt, namentlich für den Familienvater, sehr schwer mit dem Verdienst auch nur halbwegs anständig wohnen und essen zu können, dann werden oberflächliche Zustände eintreten, schlechte Ernährung und in ihrer Gefolgschaft der Fasel werden Geist und Körper zugrunde richten.

Wenn nur erst jeder Kollege der furchtbaren Gefahr sich recht bewußt wäre, dann wäre es leicht sie zu beseitigen. Noch betrachten aber sehr viele auch organisierte Metallarbeiter die Situation viel zu oberflächlich und ahnen gar nicht, was die Scharfmacher, durch einige Erfolge ermutigt, gegen die Arbeiter im Schilde führen. Mit Recht jagt der viel zu früh verstorbene Fabrikinspektor Wörrißhofer:

„Die Arbeiter haben kaum ein Recht, sich über bestehende Mißstände zu beklagen, wenn sie so wenig Interesse zeigen, um dieselben zu beseitigen. Bei der Indolenz (Trägheit) der Arbeiter ist es aber nicht zu verwundern, wenn die maßgebenden Behörden denen Glauben schenken, die stets versichern, daß es mit der Sicherung der Arbeiter ganz wunderbar bestellt ist.“

Das trifft auch im vollen Umfang bei den Metallarbeitern an der Unterweser zu. Sie lassen sich lieber das Fell über die Ohren ziehen, als daß sie sich der Organisation anschließen. Anders die Unternehmer. Sie haben sich gegenseitig bekämpft, wo sie nur immer konnten, sie haben sich eine Konkurrenz gemacht, die manchmal mehr als schmutzig war, aber als es galt, die Arbeiter niederzuknüeten, da fanden sich die größten Feinde einander in die Arme, da waren sie einig. Gehet hin und tut desgleichen! Mögen auch manche Streitigkeiten in der Werkstatt das gute Einvernehmen trüben: Ihr gehört zusammen, weil ihr Arbeits- und deshalb auch Leidensgefährten seid.

Metallarbeiter an der Unterweser! Auf's neue ertönt der Ruf: Organisiert euch gegen das Scharfmachertum! Noch ist es Zeit. Wir wissen nicht, was im Schoße der Zukunft schlummert, aber aus der Vergangenheit wissen wir, daß wir von jener Seite keine Schonung zu erwarten haben, wenn wir in einem aufgezwungenen Kampf durch eigene Schwäche unterliegen würden. Deshalb sei jeder von euch ein Agitator. Wohl ist unsere Organisation in letzter Zeit gewaltig gewachsen, aber noch immer stehen viele Kollegen teilnahmslos abseits, von denen viele schon einmal zu uns gehört haben. Sie sind verzagt, glauben nicht mehr an unsere gute Sache und mit der beliebten Ansrede: „Es nützt ja doch nichts!“ verzichten sie auf die Teilnahme an jeder Maßregel, welche zur Besserung ihrer Lage führen könnte. Zwar dürfen wir annehmen, daß sie im Herzen uns auch heute noch nicht gänzlich fremd geworden sind, und daß sie, wenn sie sehen, wie unser Verband sich stolz erhebt und vorwärts entwickelt, wieder zu uns zurückkehren, um mit Anteil zu nehmen an dem Kampf um unsere Menschenrechte.

Wollen sie das nicht, so sind sie der Mißhandlung anzuklagen an dem großen Glend, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit, die sonstigen schlechten Gewerbsverhältnisse, da sie durch ihre Teilnahmslosigkeit den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Gewerbsverhältnisse verhindern. Auch jene Hunderte, die täglich die Arbeitsnachweise umlagern, haben diese Kollegen mit auf dem Gewissen, denn auch jene Arbeitsuchenden haben ein Recht auf Arbeit, ein Recht auf Brot. Es ist nicht recht, daß Männer, die sich auch Sozialdemokraten nennen, nicht mit teilnehmen wollen an dem wirtschaftlichen Kampf. Das muß einmal öffentlich ausgesprochen werden, um diese Arbeiter noch einmal angesichts der großen Gefahr, die auch sie bedroht, an ihre Pflicht zu erinnern. Was sollen wir den Jungen sagen, wenn die Alten Fahne und Führer verlassen?!

Noch einmal ergeht an euch die Mahnung, noch einmal wird euch die Hand geboten, kehrt zurück zu eurer Organisation! Folgt dem Beispiel eurer Widersacher, dem koalitierten Unternehmertum. Täglich wächst unsere Zahl. Es geht vorwärts. Tretet auch ihr wieder ein in unsere Reihen, dann werden die Scharfmacher, wenn sie zu einem Schläge auszuholen, uns gerüstet finden.

Und ihr, Kollegen, die ihr treu in Not und Gefahr zu eurer Organisation gehalten habt, ermüdet nicht! Noch harret unser eine Menge Aufklärungsarbeit. Noch sind wir nicht am Ziel. Ruhig und maßvoll wollen wir organisieren und agitieren, damit wir mit und durch unsere Macht uns auch das Recht erzwingen können, das Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Ihr jungen Kollegen aber, die ihr heute noch nicht den Ernst des Lebens recht begriffen habt, die ihr noch gern die spärlichen Freuden des Lebens genießt, vergeßt nicht ganz, daß ihr weiterbauen sollt, was von den Alten begonnen wurde. Tretet ein in unsere Reihen, daß ihr lernen könnt! Noch schwerere Kämpfe stehen euch bevor und wollt ihr in denselben siegen, dann heißt es kämpfen lernen.

Darum ans Werk, Metallarbeiter! Euer Wohl und Wehe liegt in eurer Hand. Laßt keine Zeit unbenuzt vorübergehen. Ihr wißt, was auf dem Spiele steht. Ihr habt es selbst verschuldet, wenn man euch Löhne zahlt, wofür kein Handlanger die Schaufel anfaßt. Ihr habt es selbst verschuldet, wenn man euch eine Behandlung bietet, wie sie in Rußland üblich ist. Ihr habt es selbst verschuldet, wenn man euch Arbeitsstätten anweist, wo Gift und Siechtum euren Körper

vorzeitig vernichten. Wollt ihr protestieren gegen all diese Zumutungen, so tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Wenn alles gegen euch ist, Staat und Gesetzgebung euch im Stich lassen, so verlaßt euch auf euch selbst! Seid einig gegen eure übermächtigen Widersacher! Ihr kämpft für Weib und Kind, für Koalitions- und Versammlungsrecht, für das Recht auf Arbeit, für Recht auf Brot! Darum vorwärts!

Bremerhaven.

Das Trucksystem vor Gericht.

Das Trucksystem auf dem Hörder Verein war in letzter Zeit schon mehrmals Anlaß öffentlicher Diskussionen. Das auf dem Hörder Verein bisher bestandene Warenkreditssystem wurde immer mehr zu einer sozialen und wirtschaftlichen Gefahr der auf dem Hörder Verein beschäftigten Arbeiter. Immer tiefer gerieten Arbeiter in Schulden, mancher bekam oft zwei Löhnungen — also einen ganzen Monat hindurch — keinen Pfennig bares Geld in die Hände. Das System basierte auf folgender Grundlage: Der Hörder Verein verabschiedete an die Arbeiter Bonus über 10, 15 oder 20 Mark. Der Gesamtbetrag der Bonus wurde, falls die Lohnsumme ausreichte, bei der nächsten Löhnung in Abzug gebracht. Auf die Bonus wurden im Warenhaus alle möglichen Nahrungs-, Genuss- und Gebrauchsmittel, auch Schnaps und Bier verabfolgt. Ja, es wurde auch Bargeld gegeben, natürlich bei entsprechenden Abzügen. Wenn eine Familie aus irgend einem Anlaß in Not oder auch nur momentane Verlegenheit geriet, dann gab es in der Regel keinen Geldvorstoß, wohl aber Bonus — und zwar wiederholt über die Lohnsumme hinaus. Auf diese Weise, und weil durch das Bonusystem hin und wieder große Konzessionen gemacht wurden, gerieten viele Arbeiter unversehens immer tiefer in Schulden und dabei in immer größere Abhängigkeit von der Werkverwalter.

Selbstverständlich ist, daß die Arbeiter, die durch das verderbliche System in Schulden geraten waren, Beamte um Verabfolgung von Bonus schließlich geradezu anflehten und die Gewährung der Bitte mit flehentlichster Willenslosigkeit erkaufte, dagegen wurden solche Arbeiter, die nicht in Schulden fielen, zur Bonusabnahme ermuntert, und so wurde die Zahl der Hörden des Hörder Vereins immer größer. Seit 1897 bestand dieses System zum Schaden der Arbeiter und die Mißstände traten mit der Zeit immer schärfer hervor. Was während dem Auge der Öffentlichkeit verborgen blieb, allmählich zeigte sich das soziale Gesicht doch — immer weitere Wellen schlug die Unzufriedenheit der Arbeiter auf dem Hörder Verein, aber dumpfe, stumpfe Resignation hielt die große Masse in Wehrlosigkeit und Untätigkeit. Nur aus Klagen und Schilderungen einzelner konnte man den Stand der Dinge, einschlechte Lebensbilder, erkennen, die Krümpen der Armen, als die Hörden unter der Feudalherrschaft, hatten nicht den Mut und die Kraft, ihr Elend, ihre unglückliche Not, anderen offen zu klagen. Schließlich fanden sich aber doch einige Familien, die zu gewissen Anlaß in Anspruch nicht mehr verlieren zu können, sich mit ausreichendem Material an die Arbeiter-Zeitung in Dortmund wandten, und es wurde darauf an Hand von Schulden die schwer schädigende Wirkung des von einzelnen sozial einflusslosen Leuten als Wohlfahrts-einrichtung gegrienen Systems geschildert.

Jeder Arbeiterfreund mußte daraus die Erkenntnis gewinnen, daß das Bonusystem die Quelle vollständigster Abhängigkeit der Arbeiter vom Hörder Verein und damit auch der hier besonders drückend hervor-tretenden Mißachtung einzelner Beamten gegenüber den politischen Rechten der Arbeiter war. Hier war auch die Ursache, weshalb die gewerkschaftlichen Organisationen schlecht Fuß fassen können — das Angilt- und Ohnmachtsgesühl ließ die Arbeiter nicht den Mut finden, durch Anschluß an die Organisation für Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage einzutreten.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband beschäftigte sich selbstverständlich nun auch mit der Angelegenheit, es wurde beschlossen, in einer Versammlung zur der Angelegenheit Stellung zu nehmen und für die Organisation Propaganda zu machen. Genesius Düwelle, als Vorsitzender der Dortmund Ortsverwaltung, erhielt den Auftrag, das Referat zu der Versammlung zu übernehmen. Es fanden denn auch zwei Versammlungen statt, in denen Düwelle zunächst das Warenkreditssystem im allgemeinen einer scharfen Kritik unterzog, dann orientierte er über die Bestrebungen der Gesetzgebung, das Trucksystem zu unterdrücken und die schamlose Mißachtung der Rechte durch das Unternehmertum; neben direkten stempellosen Gesetzesübertretungen habe man durch allerdurch Schliche versucht, die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen. Durch das Bürgerliche Gesetzbuch sei dann endlich jede Warenkreditung untersagt worden, trotzdem bestünde diese noch in mannigfacher Form, so auch auf dem Hörder Verein durch das Bonusystem. Durch dieses System würden die Gesetze sogar in recht krasser Weise übertreten, nach Schilderungen von Arbeitern kamen sogar Manipulationen vor, die das Einschreiten des Staatsanwaltes erfordern. Weiter bemerkte Redner dann, daß alle Abzüge, die der Hörder Verein auf den Lohn gemacht habe, ungesetzlich seien. Bis auf zwei Jahre zurück könnten sämtliche für das Warenhaus gemachten Abzüge zurückverlangt werden.

Es sei trotzdem unvorstelllich, wenn die Arbeiter nun einfach die Rückzahlung der Abzüge einlangen würden. Aber rundweg fordern müßten sie, daß ihnen vom Hörder Verein das Recht der Reklamation nicht illusorisch gemacht würde. Unmoralisch im höchsten Grade sei es, wenn Unternehmer dadurch ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchten, und in solchen Fällen spreche das Gesetz der Notwendigkeit. Die Arbeiter sollten sich ruhig organisieren, wenn sie diesertal wider Recht und Gesetz auf die Straße geworfen würden, dann handelten sie in Notwehr, wenn sie die Rückzahlung der ungesetzlich einbehaltenen Beiträge einlagen würden. Kein Mensch könne von ihnen verlangen, daß sie durch das System in Schulden gestürzt, hungierend mit Weib und Kind auf der Straße liegen, weil der Unternehmer ihnen die Ausübung gesetzlicher Rechte nicht gestatten wolle. Eine doppelte Gesetzesübertretung des Hörder Vereins zum Schaden der Arbeiter brauchten diese sich nicht gefallen zu lassen. Jedenfalls sei es höchste Zeit, den Mißständen auf dem Hörder Verein ein Ende zu machen.

Durch diese Ausführungen, über die Polizeikommissar Puls Bericht erstattete, fühlte sich die Direktion des Hörder Vereins beleidigt. Natürlich leitete der Staatsanwalt auf Antrag — nicht gegen die Gesetzesübertreter, sondern gegen den Referenten — Strafverfolgung ein. Der Hörder Verein wollte besonders beleidigt sein wegen des Vorwurfs der Gesetzesübertretung. Man war aber durch die öffentliche Kritik doch so weit belehrt — oder sah sich dazu genötigt —, das Bonusystem schleunigst eingehen zu lassen.

Am Samstag den 21. November fand Verhandlung in der Sache statt. Es waren circa 25 Zeugen geladen. Der Bericht erstattende Polizeikommissar, Kommerzienrat Puls, Direktor Leopold, eine Anzahl andere Beamte des Hörder Vereins und eine Reihe von Angeklagten anderer Zeugen. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Seifarth, die Anklage vertret Staatsanwalt Bruns. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegten formalen Verbindungen und gab kurz den Inhalt seines Referats wieder. Sodann wies Düwelle darauf hin, daß der erste, vom Polizeikommissar angefertigte Bericht, der ihm in der Voruntersuchung vorgelegt worden sei, wesentlich anders laute, als die Anklage. Der Verteidiger stellte darauf den Antrag, diesen Bericht zu verlesen. Das hätte eine Verzögerung notwendig gemacht. Nach Einsprache des Vorsitzenden verurteilte der Angeklagte auf die Vertagung, da das Gericht ja auf jeden Fall auf die im Termin abgegebene eidliche Bestätigung des Beamten sich stützen würde. Inmehrer wurde in die Beweisnahme eingetreten. Diese ergab, wie vorweg bemerkt werden mag, daß der Hörder Verein durch sein Bonusystem in noch krasserer Weise die gesetzlichen Bestimmungen übertreten hat, als geschildert worden war. Zunächst wurde konstatiert, daß das Warenhaus juristisch eine selbständige Persönlichkeit war, der Hörder Verein mithin für einen dritten Glau-

biger Aufrechnungen auf den Lohn vorgenommen hat. Dann hat der Hörder Verein nicht nur Lebensmittel, sondern auch Genussmittel und Verbrauchsgegenstände auf Kredit durch das Warenhaus verabfolgt lassen, weiter hat man wider die Bestimmung der Gewerbeordnung die kreditierten Waren mit Gewinn verkauft. Ferner wurden den Arbeitern Beiträge für Bonus in Abzug gebracht, wenn die Bonus auch nicht verwertet waren; sodann sind auf nichtige Löhnung hinaus Zahlungen ins Bonus erfolgt. Alles grobe Verstoß gegen die Gewerbeordnung, so daß das Gericht gar nicht einmal nötig hatte, die Frage zu prüfen, ob durch das Bürgerliche Gesetzbuch die Bestimmungen der Gewerbeordnung, betreffend Lohnzahlung noch weiter eingengt worden seien.

Ungeachtet des vor Gericht festgestellten Tatbestandes muß man sich die Frage vorlegen: Wie ist es möglich, daß trotz zahlreicher Polizeiverfolgungen, auf dem Hörder Verein jahrelang in ungehörigster Weise die Gesetze übertreten werden konnten? Manche wird sich auch fragen: wie ist es möglich, daß bei solcher Sachlage und durch sein Eingreifen veranlaßt, daß dem ungesetzlichen Zustand ein Ende bereitet wurde? Weiter wird man sich darüber wundern — oder auch nicht —, daß die unter deren Leitung die Un-gesetzlichkeiten passierten, noch unter den Schutz des Staatsanwaltes gestellt werden konnten, den Staat als Mächer ihrer ungesetzlich begünstigten Ehre gebrauchen können. — Mag ein Jeder sich daraus selbst die Schlüsse ziehen, auch aus der Art, wie der Gerichtshof zu einer Verurteilung wegen formaler Beleidigung kam, sich ein Urteil bilden.

Nachfolgend geben wir in Kürze den Gang der Beweisnahme: Zeuge Polizeikommissar Puls, der die Versammlung überwacht hat, sagt zunächst, der Angeklagte habe eine Stunde lang in der Versammlung gesprochen. Zeuge muß aber präziser geben, daß die ganze Versammlung nur eine Stunde gedauert hat und auch noch andere Redner gesprochen haben. Nach der Aussage dieses Zeugen soll der Angeklagte gesagt haben, der Hörder Verein übertrete seit einer Reihe von Jahren die gesetzlichen Bestimmungen und beute die Arbeiter in ungesetzlicher Weise aus, die Polizei und der Landrat sähen aber nichts. Es sei die höchste Zeit, daß der Samwirt-schaft ein Ende gemacht werde, der Staatsanwalt müsse eingreifen. Alle Arbeiter sollten die einbehaltenen Beiträge beim Gewerbeamt eintragen. Der Angeklagte habe den Hörder Verein beleidigt, die Arbeiter unzufrieden machen und aufheben wollen.

Angeklagter Düwelle stellt fest, daß der Zeuge keine Aussage macht auf Grund einzelner notierten Worte, aus dem Zusammenhang der Rede gerissen. Er habe von der Ausbeutung durch das Trucksystem im allgemeinen gesprochen und geschildert, wie schon seit fast einem Jahrhundert das Schicksal des Trucksystems erkannt sei und Gesetze und Bestimmungen dagegen erlassen wurden, die Unternehmern aber immer wieder eine Lücke fanden, es demnach zur Anwendung zu bringen. Er habe im Gegensatz zu der Aussage des Zeugen gerade davon abgeraten und es als unmoralisch bezeichnet, die einbehaltenen Beiträge einzulagern. Diesen Weg solle man nur einschlagen, wenn das Werk mit Mißverhältnissen u. s. w. vorgehen würde. Er habe ferner in hypothetischer Form ausgesprochen an der Hand einer Lohn-düte, auf welcher 5 Mark Schulden standen, wenn es wahr sei, daß Schulden vom Lohn in Abzug gebracht würden, dann sei dem Betrag für und für geöffnet. Auch habe er nicht von einer Samwirtschaft früheren Waisen, wo die Arbeiter des Hörder Vereins geschlossen zur Urne geführt wurden und Pappeckel-Stimmzettel abgeben mußten. Bei seiner Vernehmung in der Voruntersuchung sei ihm übrigens ein Bericht vorgelegt worden, der ganz anders lautete, wie die Aussagen des Zeugen.

Zeuge Puls bleibt auf diese Einwendungen des Angeklagten zunächst bei seiner früheren Aussage, will auch nichts von Wahlen gehört haben, macht dann aber Einschränkungen und gibt auch zu, daß von Wahlen und Pappeckel-Stimmzettel gesprochen wurde. Das Wort Samwirtschaft sei aber gebraucht worden.

Zeuge Rechnungsführer Krumer ist in der Versammlung gewesen. Der Angeklagte habe seine Bureau beschimpft, mit der Behauptung, dort habe in den letzten 10 Jahren eine Samwirtschaft geherrscht.

Zeuge Böding war in der Versammlung und hat den Bericht für das Hörder Volksblatt gemacht. Er weiß heute nur noch, daß von Samwirtschaft gesprochen ist, gibt aber zu, daß der Angeklagte auch von Wahlen und Pappeckel-Stimmzettel gesprochen hat, ferner, daß der Angeklagte gesagt hat, nur wenn die Arbeiter Schwierigkeiten mit dem Hörder Verein bekämen, sollten sie die einbehaltenen Beiträge einlagern.

Zeuge Schmidt weiß sich zu erinnern, daß der Angeklagte gesagt hat, daß die Arbeiter durch das Bonusystem in Not und Schulden gerieten. Das Wort Samwirtschaft habe er nicht gehört, wohl das Wort Mißwirtschaft.

Zeuge Müller hat gehört, daß der Angeklagte gesagt hat, durch das Bonusystem gerieten die Arbeiter in immer größere Abhängigkeit. Der Hörder Verein habe ungesetzlich gehandelt.

Zeuge Großklaus weiß nichts Bestimmtes auszusagen, erinnert sich aber, daß der Angeklagte nach der Versammlung einem anderen Redner Vorwürfe gemacht hat, daß er in seinen Ausführungen den Hörder Verein formal beleidigt habe.

Zeuge Henze, Geschäftsführer des Warenhauses, legt das Verhältnis zwischen dem Hörder Verein und dem Warenhaus dar. Bis zum Jahre 1896 ist das Warenhaus Eigentum eines Konsumvereins gewesen, ist dann aber umgewandelt worden, der Hörder Verein war mit einer größeren Summe daran beteiligt. Die übrigen Teilhaber haben überhaupt kein Bargeld eingezahlt, sondern ihnen sind die Immobilien verredmet worden. In sechs Jahren wurde ein Reingewinn von 18 Prozent verteilt. Es wurden nicht bloß Lebensmittel, sondern auch Manufakturwaren, Schuhe, Porzellan, Schnaps, Bier, Zigarren u. s. w. verkauft. Der Schnaps sollte vorchristlichmäßig auf Bonus nicht verabschiedet werden. Die Bonus wurden den Arbeitern am Lohn in Abzug gebracht, auch wenn dieselben noch nicht sämtlich verwertet waren und soweit die Lohnsumme ausreichte.

Der stellvertretende Geschäftsführer bekundet in ähnlichem Sinne. Zeuge Henze erklärt auf Befragen, daß das Warenhaus auf-gelassen ist auf Anordnung des Hörder Vereins.

Zeuge Beckmann, Krankenkasseeinrentant am Hörder Verein, will bemerkt haben, daß die Arbeiter und deren Frauen am Bonus großen hätten. Zeuge versucht wiederholt auszusagen über die Versammlung, auf Grund von Mitteilungen, die er von anderer Seite erhalten hat, er wird damit aber vom Vorsitzenden abgewiesen.

Zeuge Schröder, Rechnungsführer am Hörder Verein, bekundet, daß den Arbeitern nicht der volle Betrag der Bonus vom Lohn in Abzug gebracht wurde. Wenn aber die Arbeiter zum Beispiel für 20 Mark Bonus gehabt, davon aber nur für 10 Mark verbraucht hätten, so wurde ihnen am Lohn tag auch nur der Betrag für verbrauchte Bonus in Abzug gebracht. Von den Filialleitern wurden den Rechnungsführern am Lohnzins Nachweise über nicht verbrauchte Bonus zugefleht und darnach die Abzüge eingetragen.

Vorsitzender: Das ist ja etwas ganz Neues. Verteidiger (zum Zeugen): Wären Sie das befragt?

Zeuge bejaht die Frage. Wären Sie das befragt? Heben Sie solche Nachweise schon gesehen? Gesagt die Antwort: Nein, ich selbst nicht, aber ich weiß, daß es geschieht — andere haben mir das gesagt. Zeuge gibt schließlich auch zu, daß so verfahren worden, wie die übrigen Zeugen schon bekundet, und daß infolge des Bonusystems Arbeiter oft mehrere Lohnstage nacheinander keinen Pfennig bar Geld bekommen haben, und daß Bonus ausgegeben wurden auf Lohn, der noch gar nicht verdient war.

Zeuge Kracht bezeugt ebenfalls, daß der volle Betrag der Bonus, ob dieselben verbraucht waren oder nicht, am Lohn in Abzug gebracht wurde. Häufig erhielten Leute unanständig keinen Pfennig bar Geld.

Auch Direktor Leopold bezeugt, daß der volle Betrag der Bonus, ob dieselben verbraucht waren oder nicht, vom Lohn in Abzug gebracht wurden. Nach der Rede des Angeklagten hat Zeuge mit dem Gewerberat Rücksprache genommen, wobei dieser das vom Hörder Verein beliebte Bonusystem für ungesetzlich erklärte. Darauf ist sofort die Liquidation beschlossen worden.

Generaldirektor Tull behauptet, erst Kenntnis von dem Bont...

Der Angeklagte konstatiert, daß also auf kreditierte Waren noch...

Der Zeuge Kerner hat sich nochmals zum Wort gemeldet.

Der Zeugin ist Frau Willath. Sie bekundet, daß ihr Mann...

Staatssanwalt Brühns führte nunmehr in seinem Plaidoyer...

Der Verteidiger Frank übte scharfe Kritik an den Aussagen...

Der Angeklagte Düwll weist nochmals auf die Widersprüche...

Der Angeklagte ist also bestraft — das Bonssystem des Förder...

eine Verbesserung, da mit Rücksicht auf das bevorstehende Weihnacht...

Der allgemeine Maschinenbau war in allen berichtenden...

Die Beschäftigung der Fabrikation von Maschinenteilen...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Die elektrische Industrie war im Oktober normal, zum Teil...

Zielen ablenken. Unser Streben und Kämpfen wird jederzeit auf...

Man vermeidet ängstlich alles, was einer Erweiterung des...

In letzter Zeit hat sich die Reichsregierung allerdings bemüht...

Wenn wir den Worten des Reichstanzlers Bülow glauben...

Die christliche Gewerkschaftspresse bemüht sich, im Verein mit...

Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsmarkt im Oktober 1908.

Metall- und Maschinenindustrie.

In der Metall- und Maschinenindustrie scheint die Beschäftigung...

Stahl- und Eisenwalzwerke hatten in allen berichtenden...

Die Leinwandindustrie war allgemein befruchtend be...

Koalitionsrecht und Tarifgemeinschaften.

Durch die hartnäckigen Lohnkämpfe in letzter Zeit, die starke...

Das Bestreben der Gewerkschaften, durch Festlegung von Arbeits...

Aus der christlichen Arbeiterbewegung.

Die christliche Gewerkschaftspresse bemüht sich, im Verein mit...

nach Kräften. In einer Versammlung der christlichen Arbeiter in Köln, die sich mit dem Frankfurter Kongress beschäftigte, erschien der Reichstagsabgeordnete Trimborn, einer der Sozialpolitiker des Zentrums, und erklärte: „Er beklage die Berliner Bewegung aus tiefster Seele und halte sie für durchaus verfehlt. Für ihn sei allein schon die Erwägung durchschlagend: wenn man den Bauern, den Handwerker, den akademischen Ständen u. s. w. erlaube, sich mit ihren Genossen zu vereinigen, so könne man den Arbeitern nicht verwehren, es ebenso zu machen. Das sei eine so einfache Logik, eine so selbstverständliche Tatsache, daß er für die Berliner Herren solange nicht zu sprechen sei, als sie nicht auch den Bauern, Handwerkern und allen übrigen Ständen ihr Evangelium bringen.“

Es wäre übrigens sehr verfehlt, wenn man daraus, daß die Vertreter der Berliner Richtung in Frankfurt mit ihren Anträgen abgefallen sind und ausgelacht wurden, den Schluß ziehen wollte, diese Richtung werde nicht an Boden gewinnen. Im Gegenteil, gerade die Berliner Richtung schreitet unaufhaltsam fort und entzieht der M.-Glabbacher den Boden. Daran ändert der Umstand, daß die Vertreter derselben in Frankfurt ausgelacht wurden, ebenso wenig als die Erklärung des Reichstagsabgeordneten Trimborn.

Wie ohnmächtig die M.-Glabbacher Richtung der Berliner Richtung gegenübersteht, erhellt wohl am besten aus der Tatsache, daß man in Trier mit der Gründung katholischer Gewerkschaften Ernst gemacht hat, trotzdem die Westdeutsche Arbeiterzeitung, die in M.-Glabbach erscheint und die Wiesbarts als verantwortlicher Redakteur zeichnet, auch das Organ der katholischen Arbeitervereine der Diözese Trier ist!

In der vorhin erwähnten Versammlung der christlichen Arbeiter in Köln wurde bekannt gegeben, daß die Berliner Richtung in verschiedenen Gegenden einen sogenannten sozialen Kursus abgehalten habe, so in Allenstein, St. Johann a. d. Saar und in Koblenz. Für in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätige Männer seien direkt von dem Frankfurter Kongress nach Koblenz gefahren, um sich an dem Kursus zu beteiligen. Als man angekommen sei, habe eben Dr. Fleischer aus Berlin behauptet, daß die Lohnfrage allein eine Rechtsfrage und es nicht erlaubt sei, die Lohnfrage durch Streiks zu beeinflussen. Darauf habe man Herrn Dr. Fleischer die Frage vorgelegt, wo denn die Grenze sei; wenn eine Aktiengesellschaft sechzig Prozent Gewinn mache, ob dann ein Lohn von 3,50 Mk., 5 Mk. oder 6 Mk. „gerecht“ sei. Auf diese klägliche Frage habe der Herr nicht geantwortet; und als die Herren gesehen hätten, daß sie nicht mehr vorwärts kamen, hätten sie den Freunden der christlichen Gewerkschaften einfach das Wort abgegeschnitten. Die Herren stützten sich auf die Enzyklika des Papstes vom Jahre 1890 bei ihrer Bekämpfung der christlichen und Befürwortung der katholischen Gewerkschaften. Der Papst habe sich doch gar nicht über die christlichen Gewerkschaften schon 1890 äußern können, weil erst 1894 der Versuch zu ihrer Einführung gemacht wurde. Die Herren trieben Unfug mit der Enzyklika. Wenn der Papst im Jahre 1890 angeblich die katholischen Gewerkschaften befürwortet habe, weshalb seien die Herren denn nicht schon damals, statt erst im Jahre 1900 vorgegangen; weshalb habe man zehn Jahre gewartet? Wie mit der Enzyklika des Papstes, so werde auch mit dem Fuldaer Pastoreale der deutschen Bischöfe Mißbrauch getrieben. Mit Hilfe der Religion wolle man den Arbeitern Fesseln anlegen, die man den übrigen Ständen nicht anlege. Warum, so fragte ein Redner, gehen die Befürworter der katholischen Gewerkschaften nicht zu dem Kohlenyndikat, den Zuckern und den Unternehmern überhaupt, um diese konfessionell nach Katholiken und Protestanten zu organisieren. So dümm sein die Arbeiter heute nicht mehr, daß sie sich sagen ließen, etwas sei für die Arbeiter unrecht, was für die Unternehmer recht sei.

Die Herren haben in ihrem Eifer ganz vergessen, daß alles das, was sie den Gründern der katholischen Gewerkschaften entgegenhalten, bis zum Löffelchen über dem i auch auf die christlichen Gewerkschaften zutrifft. Daß sie dies nicht einsehen, beweist so recht deutlich, wie sehr es ihnen an konsequentem Denken mangelt. Im übrigen dürften der M.-Glabbacher Richtung im Kampfe mit der Berliner Richtung, die langsam, aber sicher und unbeirrt, der Unterstützung der Geistlichkeit sicher, fortschreitet, noch böse Tage bevorstehen.

Lohnbewegung der Schlosser von Berlin u. Umgegend.

Im April dieses Jahres nahmen die Berliner Schlosser Stellung zu ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es waren sieben Jahre vergangen seit dem letzten Schlosserstreik. Damals, im Jahre 1896, waren die Organisationsverhältnisse der Berliner Schlosser noch sehr mangelhaft. Aus diesem Grunde wurde die Forderung eines Minimallohnes fallen gelassen. Gefordert wurde nur der Neunhunderttag. Diese Forderung wurde auch nach achtstündigem Streik in vielen Betrieben bewilligt. Da keine schriftliche Vereinbarung bestand und die Organisation noch schwach war, wurde nichts zur Aufrechterhaltung des Erreichten getan. Die Gleichgültigkeit unserer Kollegen trug auch dazu bei, daß viele Unternehmer den Neunhunderttag wieder einführten. Aus diesen Gründen ergab die diesjährige Statistik von 1080 Betrieben mit 8951 Gesellen und 3253 Lehrlingen das Resultat, daß in 200 Betrieben noch 10 Stunden pro Tag gearbeitet wurde. Bei dieser Enquete wurde weiter festgestellt, daß in 380 Betrieben keine Lehrlinge beschäftigt werden. Also arbeiten 3253 Lehrlinge in 700 Betrieben. Wir wollen vorweg bemerken, daß durch den Vorstand der Berliner Schlosserinnung uns versichert worden ist, die Lehrlingsfrage würde durch die Handwerkskammer geregelt.

Als die Verhandlungen unserer Lohnkommission mit der Kommission der Meister in der Öffentlichkeit bekannt wurden, gaben sich die Metallindustriellen, speziell Herr Raffe, alle Mühe, die Verhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verband zu verhindern und die Berliner Schlossermeister zu veranlassen, sich dem Arbeitsnachweis der Kühnemänner in der Dresdenerstraße anzuschließen. Diese Bemühungen hatten nicht den gewünschten Erfolg. Die Innung lehnte das Liebeswerben der Scharfmacher ab. Sie war aber auch nicht dafür zu haben, mit dem Metallarbeiter-Verband einen paritätischen Arbeitsnachweis einzurichten. Als Grund dieser Ablehnung wurde angegeben, daß die Berliner Schlosserinnung nach ihrem Statut und auf Grund des Innungsgesetzes einen Arbeitsnachweis unter paritätischer Leitung des Innungsvorstandes und des Gesellenausschusses unterhalten müsse. Im Laufe der Verhandlung über diesen Punkt wurde gesagt, daß das Innungsstatut in nächster Zeit geändert werden würde und bei dieser Gelegenheit könnten von uns ja Anträge, die wir für notwendig halten, gestellt werden. Wir werden von dieser Aufforderung Gebrauch machen, da unsere Meinung die ist: in Berlin darf es nur einen Arbeitsnachweis für Schlosser geben, an dessen Leitung dem Metallarbeiter-Verband die Hälfte der Rechte eingeräumt werden muß.

Nach diesem Standpunkt der Innung und nach den immer noch ungenügenden Organisationsverhältnissen ist es erklärlich, daß unsere Kommission bei den Meistern einen schweren Stand hatte.

Unter den von der Statistik betroffenen 8951 Schlossergefellen waren nur 5040 mit einem Lohn von 3,50 Mk. und mehr pro Tag. 3163 Schlosser arbeiteten in Berlin für einen Lohn von 2,70 Mk. bis 3,50 Mk. pro Tag. Ja, es gab sogar 768 Schlosser bei einem Lohn von 2,20 Mk. bis 2,65 Mk. pro Tag. Wenn wir gegen diese Lohnverhältnisse das Ergebnis der Verhandlungen, den vom 1. Januar 1904 an geltenden Tarif der Berliner Schlosser betrachten, so können wir sagen, daß wir — im Gegensatz zu der Arbeitgeberzeitung — mit dem ersten Tarif zufrieden sein können. Unsere Aufgabe muß es nun sein, die Organisationsverhältnisse so zu verbessern, daß wir eine in jeder Hinsicht achtunggebietende Macht darstellen.

Obwohl der vereinbarte Tarif in den Werkstätten ausgehängt werden muß, hat ihn die Ortsverwaltung mit einer Anweisung und Erklärung im Format unseres Mitgliederbuches drucken lassen, damit ihn jeder organisierte Kollege bei Tarifstreitigkeiten zur Hand hat. Nachstehend lassen wir den Wortlaut des Tarifs und der Anweisung folgen.

Berliner Schlossertarif.

Zwischen der Meisterkommission der Berliner Schlosserinnung und des Verbandes Berliner Schlossereien und verwandter Gewerbe und der Gesellenkommission der Berliner Schlossergefellen andererseits ist folgende Vereinbarung getroffen:

- 1. Die Arbeitszeit beträgt in allen den obengenannten Betrieben 9 Stunden pro Tag. — 2. Der Mindestlohn für ausgearbeitete Schlosser beträgt im ersten Jahre 35 Pf. pro Stunde, eventuell nach Leistung mehr, im zweiten Jahre 40 Pf. pro Stunde, ebenfalls je nach Leistung mehr, die übrigen je nach Vereinbarung. — 3. Die Betriebsinhaber werden dafür Sorge tragen, daß der Akkordüberschuß unter den Helfern seitens der Kolonnenführer in Verhältnis ihrer Lohnsätze und Leistungen verteilt und derselbe vom Betriebsinhaber an jeden einzelnen ausbezahlt wird. — 4. Betreffs des Arbeitsnachweises wird folgender Vorschlag angenommen: „Bei den Wahlen sollen die Gesellen dafür Sorge tragen, daß ihnen genehme Personen in den Gesellenausschuß gewählt werden. Die Wahltermine sollen eine Woche vorher in allen Werkstätten bekannt gegeben werden.“ — 5. Bei Streitigkeiten zwischen Meister und Gesellen soll das in Bildung begriffene Einigungsamt des Innungsausschusses antreten, zu welchem die Genehmigung der Regierung noch aussteht. Bis dahin soll das Schiedsgericht der Schlosserinnung die endgültige Entscheidung treffen. — 6. Der Vertrag tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft und hat bis zum 31. März 1906 Gültigkeit. Wird vorliegender Vertrag nicht spätestens 12 Wochen vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt, so gilt derselbe als auf ein weiteres Jahr verlängert. — 7. Dieses Abkommen soll in jedem Betrieb und im Arbeitsnachweis ausgehängt werden.

Gezeichnet
P. Heinrich, J. Stahl, P. Rensch, E. Leug, R. Krüger, August Rosenberger, M. Reilich, R. Neumann, Spiegel, Gustav Lubatsch, Engelauer 15, 3, Zimmer 34.

Verbandskollegen, Schlosser Berlins und Umgegend! Nachdem ein Anfang mit einem Tarif in unserer Branche gemacht ist, haben wir der Arbeitgeberorganisation gegenüber die Verpflichtung, in allen Betrieben Berlins und Umgegend dafür zu sorgen, daß der Tarif voll und ganz durchgeführt wird. In den Betrieben, wo in irgend einem Punkt der Tarif nicht innegehalten wird, ist es Ehrentpflicht eines jeden organisierbaren Kollegen, dies sofort der obenstehenden Adresse der Schlosserkommission oder an die Ortsverwaltung zu melden. Von dort wird sofort die Beschwerde geprüft werden. In keinem Falle darf die Arbeit früher niedergelegt werden, ehe nicht die Organisation verhandelt hat. Da der vom 1. Januar 1904 in Kraft tretende Tarif unsere Forderungen nicht voll und ganz verwirklicht, so ist es Aufgabe der Berliner Schlosser, während der Dauer des Tarifs mit ganzer Kraft für die Organisation zu agitieren. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird seinerseits draußen im Lande dahin wirken, daß Berlin vor Preisdrücken geschützt wird, sowie daß in anderen Städten Tarife, welche dem Berliner ähnlich sind, erkämpft werden. So mit vereinten Kräften können wir viel erreichen. Also auf, Kollegen, fest die ganze Kraft ein, daß der tolle, geschriebene Tarif warmes, pulsierendes Leben erhält, daß Wirklichkeit wird, was jetzt als Recht anerkannt ist. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin, Engelauer 15, 1. F. A. Carl Wiefenthal.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der vom Vorstand eingeleiteten statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Eisen- und Metallgießereien Deutschlands machen wir darauf aufmerksam, daß die als Musterexemplare verlaufenden „Persönlichen Fragebogen“ als Hilfsmittel für die Erhebungen dienen und vom Vorstand in größeren Posten bezogen werden können.

Indem wir auf die Wichtigkeit dieser statistischen Erhebungen hinweisen, ersuchen wir die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten und Geschäftsführer dringend, unverzüglich die nötigen Anordnungen zu treffen, damit die ausgefüllten Fragebogen bis zu dem angegebenen Zeitpunkt, 1. Dezember 1903, an den Vorstand eingeleitet werden können.

Verwaltungsstellen, in deren Geltungsbereich keine Eisen- oder Metallgießerei ist, wollen dies sofort nach hier mitteilen, damit die nötigen Hilfsformulare für die Zusammenstellung schon jetzt vorbereitet werden können und keine Verzögerung durch etwaige Reklamationen eintritt.

Sinnlich der Arbeitslohnstatistik

ersuchen wir alle arbeitstüchtigen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberchtig sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

Für die Verwaltungsstelle Königsberg i. Pr. soll vom 1. Januar 1904 an ein

bejoldeter Verwaltungsbeamter

zum Einkassieren der Beiträge, Führung der Bücher u. s. w. angestellt werden, und wird diese Stelle hiermit zur allgemeinen Bewerbung ausgeschrieben. Es kommt bei diesem Posten für die Verwaltungsarbeit in Königsberg nur etwa die halbe Arbeitszeit des Anzustellenden in Betracht, und soll derselbe während der übrigen Zeit agitatorisch als Hilfskraft des Bezirksleiters für den ersten Bezirk tätig sein.

Daher müssen die Bewerber außer der Befähigung in schriftlichen Arbeiten noch insoweit rednerisch begabt sein, daß sie Versammlungen u. s. w. selbstständig abhalten können. Die Stelle wird probeweise auf ein Jahr besetzt und beträgt das Gehalt während dieser Zeit monatlich 140 Mk. Als Termin für die Bewerbungen wird der 15. Dezember d. J. festgesetzt. Zur Bewerbung werden nur Verbandsmitglieder zugelassen und werden die Kollegen, die sich bewerben wollen, ersucht, ein Bewerbungsschreiben so zeitig einzureichen, daß es bis zum 15. Dezember in den Händen des Bezirksleiters H. Mohrland, Stettin, Beringerstr. 78, ist. Aus der Bewerbungsschrift muß Alter, Familienstand, Beruf, Mitgliedschaftsdauer und die letzte Tätigkeit hervorgehen. Mit der Bewerbungsschrift zugleich ist eine Probearbeit über das Thema: „Verwaltungsarbeit und Agitation für den Deutschen Metallarbeiter-Verband“ einzureichen.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 2, des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: der Werkzeugmacher Berthold Hoffmann, geb. ? zu ? Buch-Nr. 415563; der Werkzeugmacher Karl Stoboy, geb. ? zu ? Buch-Nr. 377196, beide wegen unkollegialen Verhaltens.
- Auf Antrag der Einzelmitglieder in Schmiedeberg i. Erggb.: der Schlosser Friedrich Voigt, geb. am 18. Juli 1887 zu Plauen, Buch-Nr. 559201, wegen unkollegialen Verhaltens.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwünigen: der Former Hermann Koch, geb. am 20. April 1878 zu Schwünigen, Buch-Nr. 562401, wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Weimar: der Schlosser Paul Schilling, geb. am 23. Mai 1874 zu Oberweimar, Buch-Nr. 308832, wegen unkollegialen Verhaltens.

Nicht wieder aufgenommen werden darf: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Augsburg: der Uhrfedermacher Jakob Frey, geb. am 27. Dezember 1865 zu Altenstadt, Buch-Nr. 588802, wegen unkollegialen Verhaltens.

Wiederaufgenommen werden darf:

Auf Antrag der Sektion der Schmiede Nürnberg: der Schmied Klemens Seytel, geb. am 23. November 1872 zu Eitensheim.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die dem Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Der Kesselschmied Franz Sämam geb. am 19. Juni 1884 zu Cannstatt, Buch-Nr. 448030 wird auf Antrag der Verwaltungsstelle Wilhelmshaven-Hant aufgefordert seine Verpflichtungen nachzukommen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drahtziehern nach Heiligenstadt L.;
- von Drechern nach Breslau (Maschinenbauanstalt);
- von Feingoldschlägern nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Doree Mentergasse 12; Adam Singer, Wärenschanzstr. Jean Rieß, Fürtherstr.; Michael Pfeifer, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königswarterstr.); nach Stuttgart (Eitlen) D.;
- von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Berlin; nach Friedland i. M. (Friedländer Eisenwerk) M.; nach Guben i. Schl. (Bernhard Juckel) D.; nach Hildesheim (Gebr. Profpe, St.) nach Neu-Muppin; nach Ratingen (Koch & Wellenstein) St.;
- von Gürtlern nach Berlin St.;
- von Klempnern und Installateuren nach Magdeburg St.;
- von Metallformern, Metalldrechern, Rotgießern und Metallschleifern nach Nürnberg (Palm) St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin St.; nach Celle (Maschinenfabrik) St.; nach Freiberg i. Sachsen D.; nach Liegnitz (Jirina Leichter & Sohn) D.; nach Neu-Strelitz (Gebr. Maack) M.; nach Ruhla i. Thür. (Gebr. Thiel) St.;
- von Metalldruckern nach Berlin St.;
- von Metallgießern nach Nürnberg (Palm) D.;
- von Metallschlägern nach Dresden (Siebert & Neufobis) D.;
- von Silberschlägern nach Schwabach (Farnbacher) D.; (Sturm) St.;
- von Schleifern nach Neumarkt i. Oberpf.;
- von Schloßbauern nach Heiligenhaus (Karl Kirkmann) St.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, wozu überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; N.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Aus den Agitationsbezirken.

6. Bezirk.

Au die Verwaltungsstellen und Vertrauensleute in Schleswig-Holstein, Lauenburg und Lübeck.

Hiermit teilt die unterzeichnete Kommission mit, daß sie sich am heutigen Tage aufgelöst hat. Von nun an sind alle auf Agitation z. bezügliche Mitteilungen und Wünsche an den Bezirksleiter, Kollegen W. Gotthausen, Hamburg-Gimsbüttel, Kombergstraße 2, zu richten.

Kiel, 26. Nov. 1903. Mit kollegialem Gruß Die Agitationskommission der Metallarbeiter für Schleswig-Holstein.

Berichtigung.

Nicht Kronenbergstraße, wie in Nr. 48 der Druckfehlerzeitschrift angegeben, sondern Kombergstraße 2, p., Hamburg-Gimsbüttel ist meine Adresse. W. Gotthausen, Bezirksleiter.

Korrespondenzen.

Metallarbeiter.

Berlin. Die hiesige Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt am 22. November ihre ordentliche Generalversammlung für das 3. Quartal im Feenpalast ab. Bereits vor Beginn derselben wurde von der Polizei der Saal abgesperrt, so daß es vielen Kollegen unmöglich war, Einlaß zu erhalten, trotzdem noch für etliche Hunderte der nötige Platz vorhanden war. Nachdem vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen wurde, als zweiten Punkt Bericht über die letzte Lohnbewegung zu lesen, gab der Redner Reichold den Kassenbericht. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse bilanzieren mit 198920,70 Mk., hierunter an Beiträgen 141064,15 Mk., was einer Mitgliederzahl von rund 38000 entspricht. Die Ausgabe für Rechtsschutz betrug 7374,97 Mk., für Reisegehalt 2093,10 Mk. Für Streik- und Maßregelungsunterstützung wurde bezahlt 105227,15 Mk. von der Hauptkasse und 39115,45 Mk. von der Lokalkasse. Letztere hatte am 30. September unter Überweisung von 13846,15 Mk. an die Hauptkasse einen Bestand von 114525,59 Mk. Durch die polizeiliche Absperrung waren auch die Redatoren nicht mehr in den Saal gekommen. Ein Versuch, bei dem Führer des auf der Straße stehenden Polizeiaufgebots, wenigstens einen der Revisoren hinein zu lassen, schlug fehl und entging der Kollege Wiefenthal, wie er mittlerweile, mit knapper Not einer Verhaftung. Auf Antrag des Kollegen Bringmann wurde alsdann dem Redner auch ohne Anwesenheit der Revisoren Decharge erteilt. Kollege Cohen berichtet hierauf über die letzte Lohnbewegung. Dieser neumodestliche Streik sei der größte Lohnkampf gewesen, den die Berliner Metallarbeiter bisher geführt haben. Wenn auch der Erfolg den gehegten Erwartungen nicht entsprochen habe, so wäre es dennoch ein Kampf gewesen, auf den der Verband, insbesondere bei der maßergültigen Haltung der Beteiligten, stolz sein könne. Nachdem jedoch festgestellt wurde, daß die gesamte Metall- und Eisenindustrie Deutschlands laut Protokoll der Ausschüßung der Metallindustriellen Deutschlands am 28. September die Berliner Unternehmer in reichem Maße an Geldmitteln und Anfertigung von Streikarbeit unterstützten, so daß der Kampf nicht mehr gegen die Berliner Unternehmer allein geführt werden mußte, sondern wir es mit dem Großunternehmertum der gesamten Metallindustrie Deutschlands zu tun hatten, des ferneren die Unternehmer, gestützt auf die Güte der Kühnemänner, bereit waren, lieber auf das ganze diesjährige Geschäft zu verzichten als nachzugeben, da war es geboten, nachdem jetzt die günstige Konjunktur zu Ende ging, den Kampf auf der Höhe abzubrechen, um ihn zu gelegener Zeit wieder erneut aufzunehmen. Auch habe doch der Streik das Resultat gehabt, daß mit einem Teil der Unternehmer der Tarifvertrag abgeschlossen worden sei, wonach zirku 1000 Gürtlern und Drückern Arbeitsverhältnisse zu den angestrebten Bedingungen geschaffen sind. Daß die Kollegen nun aber nicht genügt waren, zu schlechteren als bisher gemessenen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen, beweise das Vorkommnis bei Hiemann & Co. Dort haben die Kollegen, nachdem ihnen Wälsche zc. angedroht wurden,

bereits nach 1 1/2 Stunden einmütig die Arbeit wieder verlassen und haben, trotz der Drohung der Kühnemänner mit einer erneuten Aussperrung, nicht eher die Arbeit wieder aufgenommen, als ihnen Gewähr geleistet wurde, zu den alten Bedingungen weiter zu arbeiten. Dies beweist alles andere eher, als Unloyalität unter den Kollegen. Die gegen die Streikleitung gerichteten übelwollenden Gerüchte möge der Redner als völlig haltlos zurück. In der regen Diskussion schützte Litzin an, daß die Zeitung den Gegner unterschätzt habe und will den erforderlichen Weitblick vernünftigen haben. Er ist der Ansicht, daß es faktisch richtiger gewesen wäre, nur die Drücker allein vorgehen zu lassen, es wäre alsdann die Aussperrung vielleicht vermieden worden. Nachdem aber der Kampf zu große Dimensionen angenommen und die Aussicht auf Erfolg geschwunden war, so hätte er bereits vier Wochen vorher abgebrochen werden müssen, wenn man von „auf der Höhe abbrechen“ sprechen will. Derartige Streiks müssen mehr mit kühler Berechnung als aus dem bloßen Gefühl heraus geleitet werden. Nebenher bemängelt, daß die Streikleitung Nachrichten, die sie über das Vorgehen der Unternehmer erhalten, in der Presse gleich zur Veröffentlichung gebracht hat. Er ermahnt, die notwendigen Lehren aus diesem Kampfe zu ziehen und wünscht, die Kunst über die Zahl der noch nicht wieder eingestellten Kollegen. In ähnlichem Sinne sprechen sich Benisch und Kapner aus. Pawlowitsch ist der Meinung, daß nach einem beendigten Streik ein jeder schlaue sei als vormem. Litzin sei im Unrecht, wenn er sage, es müsse alles von einer Stelle aus dirigiert werden und weist die Ansicht, daß die Streikleitung die Sache von vornherein unterschätzt habe, zurück. Wenn nach Litzins Ansicht die Vorsicht so weit gehen sollte, so könnte auch der Fall eintreten, daß man von subjektiven Standpunkten aus, aus Angstgründen vor eventuellen Aussperrungen einem jeden Werkstättenleiter entgegenzutreten könne. Soweit diese es jedoch nicht können. Wuschit und Eggert beschreiben die Haltung der Streikleitung und sind der Überzeugung, daß der Streik zur richtigen Zeit abgebrochen worden ist. Nachdem Cohen in seinem Schlußwort noch bemerkt, daß die Lehren aus dieser Bewegung gezogen werden und bei einer künftigen Bewegung alle diese Momente verwertet werden, gab er noch bekannt, daß zurzeit noch 92 Drücker und 340 Gürtler außer Arbeit sind.

Chemnitz. (Drehmeister Keil der Biederschen Maschinenfabrik.) Schon einmal wurde es gerücht, daß Herr Keil gegen einen Arbeiter handgreiflich wurde. Im Sonnabend den 21. November fand nun zwischen einem Drehler und diesem Herrn Meister in der Fabrik eine regelrechte Keilerei statt. Ist es schon häßlich, mit ansehen zu müssen, wenn sich Männer prügeln, so ist es für die Beteiligten äußerst gefährlich und kann zur Tragik werden, wenn es in der Nähe von im Gange befindlichen Maschinen stattfindet. Der Streit soll dadurch entstanden sein, daß der Drehler für einige Stunden am Vormittag Urlaub genommen hatte, aber erst nachmittags die Arbeit wieder aufnahm. Herr Keil hatte deshalb die Kontrollmarke des Drehers entfernt und den Auftrag erteilt, dem Arbeiter zu sagen, daß er ausfallen solle. Wie bei dem Falle vor einigen Wochen, so war es auch hier, daß der Arbeiter einer Gewerkschaft nicht angehört. Herr Keil aber, der in dieser Affäre wohl den Ritzigen gezogen haben dürfte, sollte sich öfter des Sprichwortes erinnern: „Allzu scharf macht scharf.“

Crimmitschau. Am 11. November fand im Gesellschaftshaus eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Der Streik und die Aussperrung in der Berliner Metallwarenbranche. Der Referent, Kollege Max Held aus Leipzig, führte aus, daß jetzt in Crimmitschau ein Stück Klassenkampf gleich dem in Berlin ausgefochten werde, wie er bisher wohl noch nicht geföhrt worden sei. In Berlin waren es die Kühnemänner, die den heftigsten Widerstand gegen die Forderung der Arbeiter leisteten. Gegen die gerechtfertigten Forderungen der Arbeiter nehmen die Unternehmer eine ablehnende Haltung ein mit der Begründung, daß die Industrie zugrunde ginge, wenn etwas bewilligt würde. Daß sie die Forderungen aber ganz gut hätten bewilligen können, zeigte der Umstand, daß bereits mehrere Firmen die neunstündige Arbeitszeit eingeföhrt haben und auch mehr Lohn zahlen. Redner führte alle Einzelheiten des bewährigen Berliner Kampfes auf und schloß mit der Mahnung, man möge in Crimmitschau alle Hebel in Bewegung setzen, daß alle Metallarbeiter organisiert werden. In der Diskussion brachte ein Redner zur Sprache, daß in einer Fabrik für fehlerhafte Ware hohe Abzüge gemacht werden, unter anderem sollte er für ein fehlerhaftes Stück 47 Mk. Schadenersatz leisten. Nach seinem Widerspruch wurden ihm bloß 5 Mk. abgezogen und er entlassen. Kollege Schuster ergänzte das Referat noch dahingehend, daß auch in Crimmitschau die Unternehmer sich verpflichteten, eine Konventionalsstrafe zu zahlen, wenn sie ihre Arbeiter nicht aussperrten. Die Folge davon war, daß die Crimmitschauer Textilfabrikanten ihre sämtlichen Arbeiter ohne Rücksicht auf das Alter aussperrten. Es kam dann zu einer lebhaften Debatte zwischen unseren und den Rednern der Hirsch-Dunderbergschen, in deren Verlauf die Hirsch-Dunderbergschen behaupteten, daß ein Arbeiter bei achtstündiger Arbeitszeit nicht so viel leisten könne wie bei zehn- und zwölfstündiger, und daß auch die Crimmitschauer Textilarbeiter den günstigen Augenblick zur Wiederaufnahme der Arbeit verpaßt hätten. Daß aber die Crimmitschauer Textilarbeiter noch nichts bewilligt erhalten haben und somit den günstigen Augenblick auch nicht verpaßt konnten, das begreifen die Hirsch-Dunderbergschen nicht. Im übrigen billigten sie das Verhalten ihres Kollegen Gleichauf in Berlin und fragten an, wie viel Erfolge die freien Gewerkschaften mit den Streiks gehabt haben. Es ist bezeichnend für die Hirsch-Dunderbergschen, daß sie die Forderung der Crimmitschauer Textilarbeiter nicht als gerechtfertigt ansehen. Von unseren Rednern wurden die Hirsch-Dunderbergschen gebührend abgeföhrt. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten, in dem er hervorhob, daß ein gemeinsames Arbeiten des Metallarbeiter-Verbandes und der Hirsch-Dunderbergschen nicht möglich sei, so lange diese ihre Politik nicht ändern, erreichte die interessante Versammlung um 12 Uhr ihr Ende.

Versammlungsanzeigen!

Die Ortsverwaltungen etc. werden dringend ersucht, die Angaben zum Versammlungs-Anzeiger in der Metallarbeiter-Zeitung für 1903 bis spätestens den 20. Dezember 1903 einzulenden. Dazu sind nur die gedruckten Formulare zu verwenden.

Friedrichsdorf bei Kiel. (Aus der Lörpe-Verkatt.) Seit dem 1. September ist hier der Meister Leonhardt als zweiter Meister der Gießerei bei ungefähr 30 Formern angestellt. Er bekommt 180 Mk. monatlich, und welche wichtigen Funktionen er dafür ausüben zu müssen glaubt, geht daraus hervor, daß er genau notiert, wann ein Formner einmal antritt und wie lange er fortbleibt. Sogar, daß er einen Kollegen vor, er sei eine halbe Stunde fortgegangen, die würde eigentlich abgezogen werden. Dabei war der Referent nur 10 Minuten weg und diese Zeit ist unbedingt notwendig, da man auf Flügel 15 nicht gleich Platz findet. Andererseits mußten im Bureau des Meisters Nachkloppie angelehrt werden oder es würde sich jeder Formner einen solchen in der Höhe ausfragen lassen. Wie der zweite Meister die Unfallversicherungsvorschriften anfaßt, zeigt nachstehender Bericht. Sogar, daß die Formner G. und dessen Bruder damit beschäftigt, unter einer Formnerbeziehung von ein paar Hundert Mark, in der ein Untermeister-Schreibstube dastanden war, die Mutter von den Formneren auszugehen. Der Meister, der ansetzen soll, daß sich niemand unter freieschwebenden Seiten anschaut, ging dabei den Lesern mit gutem Beispiel voran und stellte sich selbst darunter, aber nicht um zu helfen, sondern um zuzuschauen. Allerdings sind keine Gegenstände vorhanden, um denartige Seiten abzupflügen. Wird die Balance des Stresses abgelehrt, so steht er hochauf und jeder Formner, der ihn wieder aufhängt, muß gewarnt sein, durch Ausschlagen die Höhe zu verlieren. Es ist als ein Wunder anzusehen, daß noch kein Unglück passiert ist. Ein paar einfache Worte mit je einem Einschritt würden genügen. Ganz ist so laudes

zu rügen: Im Durchschnitt sind nur drei brauchbare Sandstiege vorhanden. Die Beleuchtung läßt auch viel zu wünschen übrig. Einige Formkasten sind die reinsten Pappschachteln, so daß man alles aufstehen muß, um Halt hineinzubekommen. Von einigen Sorten Formkasten sind zu wenig vorhanden. Die Blasebälge haben meistens die Schwindsucht. Unteraufhängen gibt es nicht, wer umtauschen will, macht im Bureau eigenartige Erfahrungen. Es sind auch nur zwei Ercofenöfen vorhanden. Da diese auch öfters tagüber geöhrt werden, müssen abends die Formner ihre Kisten in die heißen Öfen bringen, wo eine Glut ist, daß ihnen förmlich die Ohren vom Kopfe brennen. Die Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Frankfurt a. M. schrieb auf Anfrage nach Kiel: Der Meister Leonhardt hat sich hier in den Wirtschaften stets als Arbeiterfreund ausgespielt, jedoch in der Gießerei von Schwieler, wo er als Meister war, die schlechtesten Löhne bezog, so daß die Gießerei der reinste Laubenschlag war. Auch hatte er schlechtes Material, Formsand etc. Diesen Brief hat hier wohl jeder Formner gelesen und wir wissen jetzt, was los ist. Dieser Lage bediente sich Leonhardt zu den beiden G. des Ausdrucks: „Kein Was ist am Kaften.“ Er hatte sie aber selbst fortgeschickt gehabt, um etwas zur Reparatur zu bringen. — Das Gehalt des zweiten Meisters muß natürlich aus den Formnern heraus „verdient“ werden. So wurden Kollege (es gab früher für 80 Kilo 15 Pf.), die ungefähr 82 Mk. brachten, einfach bis auf 56 und 60 Mk. heruntergeöhrt. Außer Leonhardt ist da der Meister Bösenberg. Wenn den Formnern ohne ihre Schuld etwas mißlingt, meldet er es gleich dem Ingenieur und die Arbeiter sollen Ersatz leisten, wenn aber die Meister etwas versehen, wird es unter Mittag in aller Stille entweigeschlagen. So machten vor einiger Zeit zwei Formner ein Stenentzehr von A. Z. Diese bekommen immer drei Ercofenfeuer, Meister Bösenberg wollte aber, die Formner sollten mit zwei Feuer gießen trotz ihrer Einreden. Das Rohr plakte dann auf und wurde mittags entweigeschloßt. Ein anderes Rohr von Legierung C 2, wurde angepinfelt, nicht genügend getrocknet, und auch heimlich entweigeschloßt. Dies geschah Leonhardt, während Bösenberg abwesend war. Da wird aber nichts gemeldet und kein Meister braucht etwas zu versehen.

Gebesherg. Wie die Arbeitsverhältnisse hier sind, spottet jeder Beschreibung. Die gewöhnliche Arbeitszeit beträgt in den meisten Buben 10 1/2 bis 11 Stunden. Dieses scheint aber vielen Arbeitern noch nicht zu genügen, denn sie schufen nicht selten 15 bis 16 Stunden. Daß dadurch der Lohn der anderen Kollegen gedrückt wird, sehen diese Leute nicht ein. Will man einer dieser Überarbeiter zum Verband beitreten, so hört man allerdings Ausreden, wie: Es nützt ja doch nichts, oder: Der Fabrikant wirft uns aufs Pflaster, wenn wir uns organisieren. Nicht selten hört man, die 40 Pf. sind mir zu viel, ich habe eine große Familie. Infolge dieser Gleichgültigkeit der Arbeiter haben sich die ärgsten Mißstände herausgebildet. So existiert hier ein Betrieb, wo für Männer und Frauen nur ein Eingang zum Abort existiert. Es ist früher darüber Beschwerde geführt worden, worauf der Unternehmer ein Abort-Fragment aus Brettern zusammenlagerte ließ. Dieses wurde aber von den Arbeitern aus zweierlei Gründen nicht benützt. Denn sie hätten langschäftige Stiefel anziehen müssen, um die gefährlichsten Stellen passieren zu können, und dann wollten sie sich auch nicht von den vorübergehenden Seuten gewisse Körperteile bewundern lassen. Und so blieb es denn beim Alten. Lohnabzüge von 15 bis 20 Prozent finden hier fortgesetzt statt. Da bieten sich dann die Unverhältnißmäßigen freiwillig zur Überstundenarbeit an und glauben, dadurch weiteren Abzügen vorzubeugen. Diese Kurzschäftigen sollten begreifen lernen, daß dort, wo die längste Arbeitszeit ist, der niedrigste Lohn bezahlt wird. Der Einwand, daß 40 Pf. Beitrag zum Verband wünschenswert wäre, ist schon so oft widerlegt worden, daß wir nichts mehr dazu zu sagen brauchen. Was bedeuten diese 40 Pf. Beitrag, wenn wir durch den Verband bei einigen Vorgehen die Lohnreduktionen zurückweisen können? Die paar Pfennige Beitrag tragen dann reichliche Früchte. Und dann hat der Verband doch auch noch andere Unterstützungseinrichtungen, die den Mitgliedern Vorteile bieten. Wir ersuchen die Kollegen, mit dem alten Schlandrian zu brechen. Die Mitglieder müssen die Versammlungen zahlreicher als bisher besuchen. Als organisierte Arbeiter haben sie die Pflicht, die säumigen Kollegen aufzurütteln. Wir dürfen nicht sagen, es nützt nichts, denn sonst würden schließlich unsere Arbeitsverhältnisse noch schlechter wie sie leider schon sind. Darum, Kollegen, legt alle mit Hand ans Werk!

Landshut. Der Winter steht nun wieder vor der Tür und mit ihm alle jene für den Proletariat so angenehmen Begleiterscheinungen wie Arbeitslosigkeit, verkürzte Arbeitszeit, durch Unterernährung hervorgerufene Krankheiten etc. Diesen Jaden weiter zu spinnen, soll aber nicht der Zweck dieser Zeilen sein; sich darüber recht eingehend zu unterhalten, dazu eignen sich die Mitglieder-Versammlungen ganz vortrefflich. Wenn es nun auch in den großen Zahlstellen nicht daran fehlt, das Wissen und den Bildungstrieb der Mitglieder durch ja gemäße Vorträge oder Lehrstühle zu fördern, wie ja die Kollegen in der Großstadt überhaupt mehr Gelegenheit haben, die Lücken der mangelhaften Volksschulbildung auszugleichen, so ist in der Regel der kleinstädtische Arbeiter, was das Weiterbilden anbelangt, ganz auf sich selbst angewiesen. Leider macht man deshalb an kleinen Orten häufig die Wahrnehmung, daß es den Kollegen aneinander oftmals an Beratungs- und Unterhaltungsstoff in den Versammlungen mangelt. Ich kann deshalb nicht daran herumkommen, den Kollegen zu empfehlen, da wo keine rednerischen Kräfte vorhanden sind, nur die Metallarbeiter-Zeitung zu Hause recht fleißig zu studieren und das daraus Gekommene in den Versammlungen zu diskutieren. Recht viel interessantes und wünschenswertes wird dabei herauskommen; und mancher Kollege, der ehemals „der Geschicht“ keinen Geschmack abgewinnen konnte, wird, weil die Zahlstunde nicht mehr interesselos verstrichen, kommen und es werden die Klagen verschwinden, daß die Kollegen nicht zu den Versammlungen kommen. Die Kollegen in der Provinz sind eben auf sich selbst angewiesen; unsere Bezirksleiter und sonstigen Redner können uns ja auch nicht, und wenn sie mit Engeltungen redden, den heiligen Geist einblasen, sie geben uns praktische Lehren und Ratsschläge, unsere Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß der so ausgestreute Samen auf gut vorbereiteten Boden fällt. Wir, an den kleinen Orten, haben die Pflicht, den Arbeiter wohl zu pflegen, und da haben wir allen Grund, recht emsig zu sein und es unsere Kollegen in der Großstadt nachzumachen. Der geringe Fortschritt der Arbeiterchaft kann sehr wohl auch an der Durchsührung von Arbeiterfesten gemessen werden. Das ist es eigentlich, was mir die Feder in die Hand drückt. Die Arbeiterchaft an kleinen Orten untercheiden sich in vielen Fällen nicht von denen der Vergnügungsvereinsmeister. Und doch könnte man durch Veranlassung von Arbeiterfestlichkeiten irgend welcher Art mit etwas Geschick und ernstem Streben sehr wohl nicht nur nach der materiellen, sondern auch nach der idealen Seite hin erfolgreich wirken. Ich bin kein Freund von Gipsbauwerkverlosungen, aber wenn es nun einmal nicht anders sein kann, dann kann man doch nicht alle Möglichkeiten zum Teil ganz unnützen Sachen zur Beschaffung oder Verteilung. So mancher Kollege würde sich gerne ein belehrendes Buch über irgend einen Teil der Arbeiterbewegung kaufen, wenn er die Mittel dazu hätte. Da könnte also gar viel getan werden. Ein Blick in den Katalog der Vorwärts-Buchhandlung der mit dem Arrangement betrauten Kollegen genügt, sich zu orientieren. Es gibt da viele billige und lehrreiche Sachen, Arbeiterbüchlein u. s. w. Auch die Bücher unserer Sozialisten wären zu berücksichtigen, sie würden in manchem Arbeiterheim als Zierde willkommen sein. Man gebe also bei Gipsbauwerkveranstaltungen Gelegenheit, solche Sachen gewinnen zu können. Darin soll nicht gesagt sein, daß man soll nur Bücher und Bilder gewinnen lassen, es gibt ja auch andere vernünftige Sachen. Aber man verwerde allen Schand. Bei Einführungen oder sonstigen Veranstaltungen wären, so weit sich dies machen läßt, Theateraufführungen, die die sozialen Kampfe der Arbeiterchaft betreffen, in dieses Gebiet gehörende Dramenationen einzuführen und heitere Inhalte, Majestätische aus den Arbeiterfesten zu empfehlen. Dadurch können fröhlicher Geist in die Bewegung. Diese Erfahrung lehrt, daß gerade auch die Jubiläen unsere Festlichkeiten fast frequenzieren, so man in vielfach auf diese Leute auszuweisen, um ein volles Haus

zu bekommen. Es sind daher bei solchen Veranstaltungen alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diese noch im Dunkeln tappenden Elemente für den Eintritt in die Organisation geneigt zu machen. Dabei kann man dann immer noch das Langbein schwingen. Auch die Frauen kann man, was leider sehr oft nicht beachtet wird, durch geschicktes Arrangement solcher Festlichkeiten unseren Ideen leichter geneigt machen und sie zum Verständnis bringen. Man mache nur die Probe aus Gemütel, ich glaube, es wird den Kollegen die Mühe, die solche Veranstaltungen erfordern, reichlich durch den Erfolg gelohnt werden. M. Sch.

Magdeburg. (Der Kampf der Metallarbeiter gegen die Scharfmacher.) Eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung tagte am 22. November im großen Saale des Luisenparks. Es ist wohl noch in Erinnerung, daß im August dieses Jahres die modernen Gewerkschaftsorganisationen, die für die Metallindustrie und Handwerke in Frage kommen, sich mit einer Eingabe an die Arbeitgeberorganisationen (Zunungen und Verband der Industriellen) sowie, als auch an die einzelnen Arbeitgeber gewandt hatten, in welcher die Verkürzung der normalen Arbeitszeit auf 8 Stunden gefordert wurde. Die Eingabe war mit den besten Gründen versehen, zum Teil auch solchen, die im Interesse der Unternehmer sehr berechtigt waren. Trotzdem haben die Zunungen gar nicht, der Vorstand des Metallindustriellen-Verbandes ablehnend geantwortet. Zu dieser Ablehnung nahm die Versammlung Stellung. In seinem Referat zeigte Genosse Brandes an der Hand amtlichen statistischen Materials die Entwicklung, die die Eisen- und Metallindustrie in den letzten zehn Jahren genommen, zeigte, wie rapid die Produktion sich gesteigert, die Steigerung der Zahl der Arbeiter aber auch nicht annähernd gleichen Schritt gehalten habe. Während die Unternehmer gewaltigen Verdienst hatten, sei von den Arbeitern Gesundheit und Leben geopfert worden. Die Zahl der Schwindsuchtstranken und der durch Unfall Getöteten oder zu Krüppeln Gewordenen sei in erschreckender Weise gestiegen und habe eine Höhe erreicht, die zum Einschreiten zwingt. Und wenn die lange Arbeitszeit in ungesunden Räumen während der guten Geschäftskonjunktur die Arbeiterchaft in schwerster Weise schädigte, so haben die letzten drei Jahre vernünftiger oder gar keinen Verdienst infolge Arbeitszeitverkürzung aber bei voller Arbeitslosigkeit Mat, Glend und Verzweiflung über die Arbeiterchaft gebracht. Durch riesige Akkordabzüge sei diese Situation noch verschärft worden. Einzelne Betriebe hätten in der Zeit, wo auf der Straße sich Laufende von arbeitslosen Familienvätern befanden, von den Arbeitern eine geradezu unmenschenliche Arbeitszeit verlangt. Das konnte nicht mehr so weiter gehen. Deshalb die Eingabe, in der aber auch auf das Vorteilhafte einer Besserung der Arbeitsverhältnisse für den Betrieb selbst hingewiesen wird. Dennoch hätten die Zunungen gar nicht geantwortet, die ja auch sonst, wie der Klempnerbrief beweist, das größte Maß von Unverschämtheit an den Tag legten. Und doch würden sie von der Regierung in denkbar größter Weise unterstützt. In dem Zunungsorgan, Zeitung für Maschinenindustrie, schreibe die Klempnerinnung, daß der Regierungspräsident das Vorgehen des Gewerbegerichtsvorsitzenden verurteilt habe, und sie leistete sich ja auch dann noch die Unwahrheit: Darauf hätte der Gewerbegerichtsvorsitzende, als die Vertreter der Arbeiter bei ihm erschienen seien, denselben die Türe gemessen. (Schafste Hühner-Muse.) Die Zunungsmeister kolportieren ferner, daß das Schreiben des Regierungspräsidenten der Zunung recht, dem Gewerbegerichtsvorsitzenden unrecht gebe. Nach dem schon mitgeteilten würde solche Meinung mit Vorsicht aufgenommen werden, falls sie aber wahr wäre, sei sie bezeichnend für die Regierung und wir brauchen uns nicht wegen des Vorgehens der Polizei bei Streiks zu wundern. Außer der ablehnenden Antwort des Verbandes der hiesigen Industriellen habe aber auch der Gesamtverband der Metallindustriellen ein Zirkular an seine Mitglieder versandt, in dem er ersucht, allen Versuchen auf Verkürzung der Arbeitszeit entgegenzutreten. (S. Nr. 46 der Met.-Ztg.) Die gewerkschaftlichen Organisationen der Regierung sollen nach der Meinung der Scharfmacher nicht das Recht haben, die berechtigten Interessen der Arbeiter zu vertreten. Hier verbierte aber eine Unternehmersonnorganisation einfach die Verhandlungen, obgleich die Berechtigung der Forderung anerkannt werde! Diejenigen unserer Kollegen, welche glaubten, es seien auf gutlichem Wege Vorteile zu erreichen, seien wohl jetzt vom Gegenteil überzeugt. Die Arbeiterchaft sei auf sich selbst angewiesen und müsse in großen mächtigen Organisationen einheitlich vorgehen. Das sei diesmal mächtiger nicht der Fall gewesen. Wie bei der Protestbewegung bei Garret Smith habe sich auch hier wieder der Gewerksverein (Hirsch-Dunderberg) hindern in den Weg gestellt. Das habe allerdings nicht viel zu bedeuten, zeige aber die Unmöglichkeit der Arbeiterchaft im Gegensatz zu den Unternehmern, die in einer Organisation, ohne Rücksicht auf ihre religiösen oder politischen Anschauungen, zusammenstehenden im Kampfe gegen die Arbeiter. Dazu müßten auch wir gelangen; bis dahin seien aber die Tausende Unorganisierter heranzuziehen. Ein gutes Agitationsmittel sei der Hinweis auf die Aussperrungen der letzten Zeit. Wer wolle es der Arbeiterchaft eines unserer vielen Betriebe, die sich fast bis auf den letzten Mann organisiert habe, verdenken, wenn sie bei passender Gelegenheit die größten Mißstände ihres Betriebs zu beseitigen suchte und wenn nicht anders, so durch einen Streik? Dann könne auch die Magdeburger Arbeiterchaft ein wochen- oder monatelange Aussperrung bekommen. Die Ansicht hierüber sei sehr wahrscheinlich, da in unseren Betrieben die Arbeitsverhältnisse die denkbar traurigsten wären. Da die Verhandlungen zur Besserung derselben abgelehnt seien, müssen wir die Unternehmer öffentlich anklagen. Material sei genügend vorhanden, aber die Zeit sei heute kurz, deshalb schlage er vor, daß in jedem Stadtteil eine öffentliche Metallarbeiterversammlung die Mißstände behandle. Unter lebhaftem Beifall schloß Redner mit dem Wunsch, daß die Arbeiter endlich einsehen, daß sie auf keine Unterstützung von anderer Seite zu rechnen haben. Sobald sie aber mächtige Organisationen hätten, würden sie mit Leichtigkeit und ohne große Opfer ihr Arbeitsverhältnis so gestalten, daß sie zufrieden gestellt wären. Auch in der Diskussion wurde dem Referenten zugestimmt und konnte der Vorsitzende, Kollege Jähnen, die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schließen.

Wetzlar. In der Webstuhlfabrik von C. A. Köfcher geht es jetzt Vornahme der zehnprozentigen Lohnreduktion im Frühjahr vorigen Jahres ziemlich stürmisch zu. Von der Arbeiterchaft sind seit dem Inkrafttreten dieser Reduktion stets Vorstöße gemacht worden, sie wieder zu beseitigen, doch mußte wegen der allgemeinen schlechten Geschäftslage von einem erneuten Schritt, trotz der guten Organisation, immer Abstand genommen werden. Vor einigen Wochen glaubten die Arbeiter nun, daß der Zeitpunkt nahe sei, die unerhörte Lohnkürzung rückgängig zu machen. In einer Verfassungsverammlung wurde beschlossen, die Kündigung einzureichen, da sich alle Unterhandlungen mit dem Unternehmer zerfallen hätten. Die Arbeiter hatten das möglichste Entgegenkommen gezeigt, sie verlangten nur, einen Teil der Reduktion zurückzunehmen. In letzter Stunde wurde aber von Herrn Köfcher das eine Zugeständnis gemacht, bei dem am schlechtesten bezahlten Arbeitern, Quappuzern und Schmieden, eine Lohnregulierung vorzunehmen, durch die ihre Lage verbessert würde. Der Betrieb hat eine eigene Gießerei, die selbstverständlich auch mit betroffen ist. Von anderer Seite wurde nun im Verein mit dem Kollegen Haack erwogen, ob es angebracht wäre, auf der Forderung stehen zu bleiben oder aber die Sache abzumachen zu versuchen. Wir sind zu dem Entschluß gekommen, momentan noch abzuwarten und zwar aus Gründen, die wir hier unerörtert lassen wollen. Dieser Beschluß wurde auch von der darauffolgenden Versammlung akzeptiert. Den Anlaß zu dem Vorstoß der Arbeiterchaft auf Zurücknahme der Reduktion gab hauptsächlich die Einstellung von einer Anzahl von Formern. Man denke sich, nach Lage vorher hatte man die Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden herabgeöhrt, während man einige Tage später Arbeiter einstellte. Die ganze Sache lief also darauf hinaus, die Leute zu täuschen, um dadurch ihre zu haben. Allerdings war diese Täuschung etwas plump, so daß sie deutlich zu merken war. Während der Verhandlungen wurde auch von der Arbeiterchaft angeregt, die neunstündige Arbeitszeit dauernd einzuföhren. Abgelehnt wurde dies mit dem Hinweis

auf die guten Erfahrungen, die das Geschäft bei der achtstündigen Arbeitszeit, 1901 bis 1902, gemacht hatte. Die kürzere Arbeitszeit bedeutet doch eine erhebliche Ersparnis an Betriebskosten, hauptsächlich im Winter. Herr Moscher stand dieser Forderung auch gar nicht unsympathisch gegenüber, doch bei ihm will gut Ding Weile haben. Herr Moscher scheint die Beschlässe des Metallindustriellen-Verbandes höher einzuschätzen als die praktischen Anregungen der Arbeiter, gegen die er selbst nichts einzuwenden hat. So wurde auch kurz nach dem in der Metallarbeiter-Zeitung erwähnten Rundschreiben des Metallindustriellen-Verbandes an seine Mitglieder die Arbeitszeit wieder auf zehn Stunden festgesetzt. In diesem Falle zeigt es sich deutlich, was wir zu erwarten haben. Troh dem der Unternehmer Schaden hat, so trägt er ihn in diesem Falle doch gern, da es sich um Forderungen von Arbeitern handelt. Der Widerspruch, der viele Kollegen deshalb fällt, weil wir momentan nichts unternehmen können, den Lohnkürzungen Moschers sowie seinen Schülern ein Ziel zu setzen, ist wohl zu verstehen, aber die Kollegen müssen Geduld haben, es ist noch nicht an der Zeit, weitere Schritte zu tun. Die Handlungen des Herrn Moscher laufen bisweilen darauf, hinaus, die Arbeiter zu irgend einer Dummheit zu veranlassen, um so die lästige Organisation aus dem Wege zu räumen. Also, kaltes Blut bewahren! Für die Kollegen ist es zunächst das Beste, festzuhalten an der Organisation und auch die letzten uns noch fernstehenden für den Metallarbeiter-Verband zu gewinnen.

Begefall. Vor kurzem erfolgte hier der Austritt einiger Guttempler aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Diese Leute zogen es vor, sich einem patriotisch gesinnten, gegen die Interessen der modernen Arbeiterbewegung ankämpfenden Verein anzuschließen, und als diesen wählten sie den berühmten Arbeiterbund in Blumenhof unter Vorherrschaft des königlichen preussischen Landrats Besthoff. Der Grund, den sie angaben, bezieht sich auf folgenden Vorfall: Es wurde auf hiesiger Werft ein Guttempler (Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes) von einem Kollegen, der die geistigen Getränke nicht verachtet, derart angeekelt, daß dieser, ein Jüngling von 19 Jahren, die Arbeit niederlegte. Dieser Fall wurde dann von einem Guttempler angeblich dem Bevollmächtigten der hiesigen Verwaltung vorgelegt, worauf die Antwort zuteil geworden sein soll: Persönliche Reibereien könnten nicht berücksichtigt werden. Daraus sieht man nun, daß es sich um nichts anderes handelt als um ein schon lange Zeit vorher geplantes Werk. Bedauerlich ist dabei, daß es Leute darunter gibt, die sich damit brüsten, schon 10 bis 12 Jahre organisiert zu sein. Wir ermahnen die Kollegen, diese Wadelschnepper so viel wie möglich zu meiden und der Agitation des „Arbeiterbundes“ kräftig entgegenzutreten. Es ist dies aber nur möglich, wenn sich die Kollegen an den Versammlungen besser beteiligen und nicht so im Dusele weiterleben. Über den „Arbeiterbund“ werden wir in nächster Zeit näheres berichten.

Rundschau.

An die Arbeiterschaft Deutschlands und Österreichs!

Seit vierzehn Wochen tobt in dem kleinen Fabriksstädtchen Grimmitzschau ein heftiger Kampf der Textilproletarier um Erzielung des zehnstündigen Arbeitstages. Der Kampf hat schon längst die Formen eines einfachen Lohnkampfes überschritten. Er hat sich zu einem Kampfe der schärfsten Art ausgewachsen. Sie Kapital — hie Arbeit. Das gesamte Unternehmertum der Textilindustrie Deutschlands, an seiner Spitze der Landesverband der Industriellen des hochentwickelten Sachsens mit dem Sitze in Chemnitz, hat sich vereint zur Niederrückung der ausständigen Lohnsklaven. Alle Mittel wurden angewandt, um die Arbeiter zum Verrat, zum Streikbruch zu verleiten. Aber vergeblich. Mit jedem den ringenden Proletariats eigenen Stolze wurden von der Arbeiterschaft alle diese Versuche abge schlagen.

Gunter, Not und Entbehrungen ruhig tragend, kämpften mit festen Entschlossenheiten die 8000 Textilarbeiter heroisch gegen ihre Ausbeuter. Alle Versprechungen der Unternehmer, dauernde Beschäftigung bis ans Lebensende, Geldgeschenke von 50 bis 100 Mk. u. s. w., konnten die Arbeiter nicht zum Treubruch verleiten. Jetzt bietet der Landesverband der Industriellen Sachsens jedem Streikbrecher, bis auf weiteres eine Prämie von 2 Mk. pro Woche extra. Aber auch das konnte die Kämpfenden nicht beirren. Mit Verachtung wiesen sie das Anerbieten zurück. Statt zu einer Vermehrung kam es zu einer Verminderung der Arbeitswilligen. Die Zahl der Arbeitswilligen ist um circa 50 zurückgegangen!

Es will sich niemand prämiieren lassen. Die Unternehmer sehen nun ein, daß diese Arbeiterschaft sich nicht selbst unterwerfen wird, und sie versuchen die kämpfenden Grimmitzschauer niederzuringen mit Hilfe der deutschen Arbeiterschaft. In allen Ecken und Enden wimmelt es von Agenten der Grimmitzschauer Fabrikanten. In den Herbergen werden die Arbeitslosen aufgesucht. Auf den Rittergütern sucht man politische Landarbeiter anzuwerben. In Böhmen, in Ostpreußen, in Holstein, Rheinland, Westfalen, Bayern, Halle, Leipzig, Döbeln, Köpenick, überall versucht man mit allerhand Versprechungen Streikbrecher anzuwerben. Ein Teil ist eingetroffen, aber nach erfolgter Aufklärung wieder abgereist. Ein Fabrikant hat fünfzig pommerische Arbeiter angeworben, „leider“ sind dieselben nicht eingetroffen. Sie wollten nicht Streikbrecher sein. Und niemand will Arbeitswillige in Logis nehmen. Ingerate in den Lokalbüchern folgen Inthaltes:

„Für auswärtige Arbeitswillige wird Kost und Logis gesucht. Offerten unter S. X. 559 an die Expedition dieses Blattes erbeten.“

blieben erfolglos.

Arbeiter Deutschlands und Österreichs! Ihr seht, der Kampf spitzt sich immer mehr zu! Dem Unternehmertum muß die Gestalt des gesamten organisierten Proletariats entgegen gestellt werden. Es darf nicht sein, daß Deutschlands und Österreichs Arbeiter zu Verrätern an den heldenmütigen Kämpfern in Grimmitzschau werden. Deshalb: Auf die Schanzen! Wert und agitiert für Grimmitzschau! Inspiziert die Herbergen! In allen Gegenden, in allen Hütten muß es bekannt werden, daß in Grimmitzschau ein gewaltiger Kampf zwischen Arbeit und Kapital ausgefochten wird. Der letzte Arbeiter, die letzte Arbeiterin muß wissen, daß jetzt niemand nach Grimmitzschau kommen und den Streikenden in den Rücken fallen darf. Wir rufen die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands und Österreichs auf, in diesem Sinne tätig zu sein. Streikbrecher müssen von Grimmitzschau ferngehalten werden.

Aber auch sonst ist es Ehrensache der Arbeiterklasse, durch finanzielle Unterstützung den Kampf der Textilarbeiter Grimmitzschaus zu dem ihrigen zu machen. Die Stimmung der Kämpfenden ist trotz der Not vorzüglich. Deshalb, Arbeiter allerorts: Tut eure Pflicht, wie Grimmitzschauer von jeder seine Schuldigkeit getan hat. Es lebe die Arbeit! Es lebe die Solidarität des Proletariats! Das Gewerkschaftsstellwerk in Grimmitzschau u. Umg., Karl Köhler.

NB. Gelber sind an Georg Treue, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, I., r., zu richten.

Maschinisten- und Heizerkongress.

Am Sonnabend den 2. und Sonntag den 3. April 1904 findet in Halle a. S. ein Kongress der Maschinisten und Heizer Deutschlands statt, der vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer einberufen ist. Die Tagesordnung weist folgende Beratungsgegenstände auf: 1. Einführung einer einheitlichen Dampfkesselgesetzgebung für das Deutsche Reich. 2. Einführung von staatlich angeordneten Kesselprüfern mit Angliederung an die Fabrik- und Gewerbeinspektion unter Aufsicht von geeigneten Personen aus dem Berufe der Maschinisten und Heizer. 3. Die Dampfkesselrevisionsvereine, ihre Stellungnahme zu Heizerschulen, zum Prüfungswesen und zum Stellennachweis. 4. Verbot der zehnstündigen Beschäftigung und Einführung von achtstündigen Schichten in den stationären Betrieben, welche eine Unterbrechung nicht gestatten (wo Tag und Nacht ge-

arbeitet werden muß) und die Forderung einer mindestens alle zwei Wochen zu gewährenden ununterbrochenen 36stündigen Ruhepause. Verbot der in der Natur des Betriebes nicht bedingten Arbeit an Sonn- und Festtagen für die Maschinisten und Heizer. 5. Verbot von Nebenarbeiten von Maschinisten und Heizern während des Betriebes, außerhalb des Kessels- und Maschinenraums, wenn während dessen Dampfkessel oder Betriebsmaschinen ohne fachmännische Aufsicht sind. 6. Verbot der Schlep- und Frachtschiffahrt im Binnenland an Sonn- und Festtagen und Gewährung einer mindestens sechsstündigen täglichen Nachruhe. Forderung einer höchstens zwölfstündigen Arbeitszeit für die Maschinisten und Heizer der Dampfschiffe für die Binnenschiffahrt, welche Personen befördern und Gewährung einer alle zwei Wochen stattfindenden ununterbrochenen Ruhepause von 36 Stunden. 7. Festsetzung der höchst zulässigen Stundenzahl der täglichen Arbeitszeit für Maschinisten und Heizer. 8. Beschlußfassung über eine staatliche Prüfung für Maschinisten und Heizer. 9. Forderung der Anzeigepflicht der Betriebsunternehmer an Gewerbe- und Fabrikinspektionen beim Ausfällen (Deformieren) von Dampfkesseln, wenn der Kessel außer Betrieb gesetzt werden muß und Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse durch das statistische Amt, als Nachtrag der jährlich veröffentlichten Dampfkesselexplosionen des Deutschen Reiches. 10. Die Rauchplage und ihre Ursachen. — Nähere Auskunft erteilt: R. Kirchner, Berlin S. O. 33, Bückerstraße 45.

Zu acht Monaten Gefängnis

verurteilte das Landgericht in Raumburg den früheren Kassierer der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Zeik, Paul Meinhard, weil er von den Verbandsgeldern 778,65 Mk. unterschlagen hat. Meinhard hatte die Revisionen lange dadurch gefälscht, daß er sich am Tage der Abrechnung und Revision Geld borgte, Postquittungen fälschte und andere schlaue Ausflüchte benutzte. Der Schwindel war erst durch mehrere Sitzungen, die unter dem Vorsitz des Vorsitzleiters stattfanden, aufgedeckt worden. Die Revisionen und alle anderen Mitglieder hatten vorher das größte Vertrauen zu Meinhard.

Der frühere Unterassistent in Groß-Berfel für die Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Wilhelm Schüke in Hameln, erhielt vom Landgericht in Hannover drei Wochen Gefängnis, weil er 89 Mk. Verbandsgelder unterschlagen hat.

„Ins Gesicht gespußt“

Ein freisinniger Wahlwindel vor Gericht. Vor dem Schöffengericht in Nürnberg hatte sich am 25. November der verantwortliche Redakteur der Fränkischen Tagespost, Genosse Eberhard, wegen Verleumdung des freisinnigen Gemeindebevollmächtigten Käfer, des Vorsitzenden des Ortsverbandsausschusses der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, zu verantworten. Dieser Fall bildet ein Nachspiel zur Reichstagswahlbewegung und hat folgende Vorgeschichte: Am 11. Mai war in Nürnberg Gewerbevereinstagswahl. Vorher hatten die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften an das Gewerkschaftsstellwerk das Ansuchen gestellt, ihnen je zwei Beisitzer und Hilfsbeisitzer auf dem Wege eines freiwilligen Proposites zu gewähren. Die Gewerkschaften waren zu einem Entgegenkommen bereit wollen aber nur je einen Beisitzer und Hilfsbeisitzer abtreten, wie es der Stimmzahl entsprach, die die Gewerkschaften im Bunde mit den übrigen Gewerkschaftsrichtungen bei der letzten Wahl aufgebracht hatten. Damit waren die Herren aber nicht zufrieden und traten mit den Schriftlichen und sonstigen Sonderbindern selbständig in die Wahl ein, die ihnen eine eklatante Niederlage eintrug. Sie brachten nur 471 Stimmen gegen 7813 Stimmen auf, und unter diesen 471 Stimmen befanden sich noch viele von modernen Gewerkschaftlern, die sich durch ein von den Hirschen in letzter Stunde ins Werk gestelltes Wahlmanöver hatten täuschen lassen. Diese hatten nämlich am Abend vor der Wahl noch eine Wahlliste verbreitet, auf der sich neben den Namen der Gewerkschaften auch eine Anzahl Namen von bekannten Gewerkschaftsführern befanden, wie der des Vorsitzenden der Aufsichtsstelle des Arbeitersekretariats, eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten u. s. w. Diese Wahlliste konnte nur ein Werk beabsichtigter Täuschung sein, um den Glauben zu erwecken, daß es sich um eine Liste der Gewerkschaften handle. Um den Streich zu parieren, wurde am Wahltag ein Flugblatt verbreitet, worin vor diesem Manöver gewarnt wurde. Nach der Wahl versuchte der Ortsverbandsausschuß in einer von dem Vorsitzenden Käfer unterzeichneten Erklärung seine Niederlage zu verschönern, indem er dem unerhörten Terrorismus die Schuld gab, der von den Gewerkschaftlern in den Wahllokalen gegen die Hirschen angeblich verübt worden sein soll. So wurde unter anderem behauptet, daß einem Hirsch-Dundersianer von den Schuldverletern von einem Gewerkschaftler ins Gesicht gespußt worden sei. Auf eingegogene Erfindungen hin erklärte die Fränkische Tagespost dies als Unwahrheit und bemerkte, die Hirschen hätten fürchterlich aufgeschrien, was sie behaupteten, seien in seine Verleumdung eingetreteneren Stellen hätten mehr als einmal nach dem Schutman geschrien, doch habe die Polizei keinen Anlaß gefunden. Darauf ruhte die Polemik, bis in der Reichstagswahl- agitation die freisinnige Zeitung die Geschichte wieder aufwarnte und die ganze bürgerliche Presse damit gegen die sozialdemokratische Partei krebie. Nun stellte die Fränkische Tagespost nochmals die Unwahrheit dieser Behauptungen fest und warf Herrn Käfer vor, daß er sich der wissenschaftlichen Verbreitung einer Wahllüge schuldig gemacht habe. Käfer stellte deshalb Klage und bezog auch die in dem ersten Artikel enthaltenen, oben angeführten Äußerungen auf sich. In der Verhandlung wurde erwiesen, daß niemandem ins Gesicht gespußt worden ist. Am Wahltag mittags verlesene einige Gewerkschaftler mit einem Hirsch-Dundersianer die Fabrik, als vor dem Tore gerade das Flugblatt verbreitet wurde. Einer der letzteren hielt das Flugblatt dem Gewerkschaftler vor und machte ihn auf den Wahlwindel seiner Genossen aufmerksam, wobei er ihm mit dem Flugblatt über das Gesicht fuhr. Der angeblich Angepöckelte erklärte ausdrücklich, daß er nicht angepöckelt worden sei, im Verlauf der Auseinandersetzung sei ihm nur ein kleiner „Spritzer“ ins Gesicht geflogen, da der Betreffende, wenn er redet, geistert. Käfer wurde darauf aufmerksam gemacht, daß das Ansprechen von dem „Angepöckelten“ selbst bestritten wurde, aber trotzdem lieferte er dem „Gewerkschaftler“ das Material zu dem Artikel und tat nichts, um die Aufnahme zu verhindern. Trotz dieser Feststellung wurde Eberhard zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt, da er in der Form der Abwehr zu weit gegangen und nicht anzunehmen sei, daß Käfer wieder besseres Wissen die Unwahrheit verbreitete.

Die Fränkische Tagespost bemerkt zu dieser gerichtlichen Entscheidung: Dieses Urteil wird vielen Leuten mit beschränktem Intelligenzstand nicht recht verständlich sein. Wenn gesagt wird, es sei von beiden Seiten alles geschehen, um die Wahrheit festzustellen, so trifft das nur auf den Angeklagten zu, nicht aber auf Herrn Käfer. Er hat die Nachricht die den bürgerlichen Parteien im Wahlkampf ein gesundes Freuen war, in die Welt gesetzt, aber nichts getan, ihre Weiterverbreitung zu verhindern, nachdem er von seinen eigenen Leuten darauf aufmerksam gemacht worden war, daß der angeblich Angepöckelte bestritt, daß gegen ihn derartige Verübt worden sei. Wenn man sich daran erinnert, wie sehr diese Räuber-geschichte von den freisinnigen Agitatoren, namentlich auch von Herrn Barbeck, im Wahlkampf ausgeschlachtet wurde, so wird man begreifen, daß eine scharfe Abwehr in der Fränkischen Tagespost notwendig war. Das ganze Verhalten des Herrn Käfer mußte die bestimmteste Annahme erwecken, daß er wissenschaftlich die Wahllüge aufrecht erhielt. Deshalb hätte dem Angeklagten, auch wenn er sich nicht auf den § 193, der von der Wahrheit berechtigter Interessen spricht, berufen hätte, freigesprochen werden müssen — unserer nicht-juristischen Meinung nach.

Vom Ausland.

Österreich.

Der Streik der Kassenhelfer in Wien ist mit einem Erfolg für die Arbeiter als beendet anzusehen. Sie haben in allen

Betrieben — nur in einem wird weitergestreikt — die gestellten Forderungen durchgesetzt. — Die Differenzen in den Fahrradwerken Styria normalis Dürkopp in Graz sind siegreich für die dortigen Kollegen beigelegt. Die Unternehmung weigerte sich anfänglich, mit den Arbeitern zu verhandeln, als sie jedoch sah, daß die Arbeiter zur Arbeitsentziehung entschlossen sind, nahmen sie Vernunft an. Der aus Violefeld nach Graz gefommene Herr Dürkopp machte den Arbeitern mehrere Zugeständnisse. Die wichtigsten sind: Die Verkürzung der Arbeitsdauer auf 9 1/2 Stunden; an Samstagen um 3 Uhr nachmittags Arbeitsstillstand; und Bezahlung dieser Arbeitsstunden, die durch früheren Schluß entfällt; Anerkennung der Vertrauensmänner der Arbeiter; Lohnreduktionen erfolgen nicht, außer bei technisch durchgeführten Verbesserungen. — Im Wittkowitz Eisenwerke droht ein erster Konflikt mit den Eisen auszubringen. Stete Preisreduzierungen und eine unerhörte rohe Behandlung haben große Erbitterung unter der Arbeiterklasse hervorgerufen. — Die Hirtler und Bronzearbeiter der Krakauer Fabrik Jarra haben einen Erfolg erzielt. Sie setzten die 9 1/2 stündige Arbeitszeit, die Regelung der Akkordpreise im Einzelnehmen mit ihren Vertrauensmännern und die Anerkennung der Organisation durch. — In mehreren böhmischen Orten befinden sich die Nagelschmiede im Streik. Diese Arbeit wird ausschließlich als Heimarbeit betrieben und ist die Lage der Arbeiter eine unheimlich traurige. — Die Lohnbewegung der ungarischen Eisenschmelzarbeiter ist erfolgreich beendet. In Klausenburg haben die Spengler einen Streik siegreich durchgeführt.

Auf sozialpolitischem Gebiet herrscht nun schon länger denn ein Jahrzehnt vollständiger Stillstand, denn die ganz unzulänglichen Reformen, die während des letzten Jahrzehntes in Österreich geschaffen wurden, sind kaum der Rede wert. Allen Ansätzen nach soll nun in sozialreformatorischer Hinsicht ein vollständig rückläufiger Kurs eingeschlagen werden. Seit mehreren Jahren steht nun schon die Reform unserer Gewerbeordnung — sie ist eine Schaffung einer konservativ-reaktionären Gesetzgebungssäule — zur Diskussion. Die verschiedensten Gutachten wurden in Enqueten über sie abgegeben, die Beiräte haben sich eingehend mit ihr befaßt und immer klarer tritt es zutage, daß die Wünsche der zünftlerischen und rückständigen Richtungen in Gewerbe und Industrie bei dieser Reform erfüllt werden sollen. Der Arbeitsbeitrag, der sich in seiner letzten Plenarversammlung mit dieser Reform befaßt, hat alle, auch die berechtigtesten Wünsche der Arbeitervertreter abgelehnt und eine Reihe einschneidender weiterer Verschlechterungen an der Regierungsvorlage vorgenommen. Die österreichischen Arbeiter werden alles aufbieten müssen, um diese von zünftlerisch-reaktionärem Geiste erfüllte Vorlage zu Fall zu bringen und zwar um so mehr, da in ihr von Arbeiterschutzbestimmungen mit keinem Worte die Rede ist.

Der zur Begutachtung sozialpolitischer Vorlagen geschaffene Arbeitsbeitrag erweist sich immer mehr als ein williges Instrument in den Händen der Regierung. Die Behandlung der Gewerbeordnung durch ihn zeigt, wie wir schon oben angeführt, dies zur Genüge. Seine Zusammenfassung hindert jedes ernsthafte Streben auf sozialreformatorischem Gebiet, da die Vertreter der Regierung und der von ihr beherrschten Ausbeuter von vornherein die Mehrheit auf alle Fälle haben. Unsere Genossen haben nun in der letzten Sitzung einen Antrag auf Abtrennung der Kompetenz des Arbeits- und Industrierrats eingebracht. Dieser Antrag wurde durch die freche Haltung des Industrierrats herbeigeführt, weil dieser sich anmaßte, über eine vom Arbeitsbeitrag begutachtete Sache ein entgegen-gesetztes Gutachten abzugeben. Der Arbeitsbeitrag entschied, daß eine Regelung der Arbeitszeit der Maschinisten und Kesselwärter gefällig in der Weise zu erfolgen habe, daß in kontinuierlichen Betrieben die Arbeitszeit für diese Arbeitsgruppe acht Stunden täglich zu dauern habe. Außerdem sollten die Heizer und Maschinisten zur Instandhaltung der Kessel und Betriebsmaschinen weitere anderthalb Stunden verwendet werden dürfen. Für nichtkontinuierliche Betriebe wurde die Arbeitszeit auf zwölf, höchstens vierzehn Stunden festgesetzt. Man muß schon sagen, daß dies keine himelführenden Vorschläge sind. Wie dringend notwendig die Regelung der Arbeitsdauer dieser gequälten Proletarier ist, geht daraus hervor, daß die Gewerbeinspektoren in ihren alljährlichen Berichten geradezu Gräueln über die unmenschlich lange Arbeitszeit aufdecken. Trotz all dieser Umstände erklärte der Industrierrat, daß eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Maschinisten und Kesselwärter nicht notwendig sei. Freilich kein Wunder, ist doch der tonangebende Macher in diesem Beirat der Führer der österreichischen Ausbeuter, der sich nicht entblödete, die Behauptung aufzustellen, die Maschinisten leben wie Kavaliere und jeder von ihnen hätte einen Salon als Betriebsstätte.

Die industrielle Krise hat insbesondere in der Eisen- und Maschinenindustrie eine Abschwächung noch immer nicht erfahren. Die Anzahl der Bankrotte mehren sich und Arbeiterentlassungen werden wieder in größerem Umfang vorgenommen. Sehr zu leiden haben die Eisenindustrie, die Waggonbauanstalten, die Lokomotivfabriken und die Maschinenherstellung. Da der Winter vor der Tür steht, eröffnen sich leider nur die schlechtesten Perspektiven.

Inhalt von Nr. 49.

Gewerkschaftliche Interessen im neuen Reichstag. — Die Zukunft der Eisenindustrie. — Die gegenwärtige Lage der Metallarbeiter an der Unterweser. — Das Luftschiff zum Gericht. — Arbeitsmarkt. — Koalitionsrecht und Tarifgemeinschaften. — Aus der christlichen Arbeiterbewegung. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung. — Korrespondenzen. — Rundschau: An die Arbeiterschaft Deutschlands und Österreichs. Maschinisten- und Heizerkongress. Zu acht Monaten Gefängnis. Ins Gesicht gespußt. — Vom Ausland: Österreich.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

- (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgeführt.)
- Nachen (Nadler).** Samstag, 12. Dez., abends halb 9 Uhr, im Restaurant St. Martin, Alexanderstraße.
- Nalen.** Sonntag, 13. Dez., nachm. 2 Uhr, im „Hirsch“.
- Umburg (Wagner).** Sonntag, 6. Dezember, vormittags halb 10 Uhr, in der Braumannsche Restauration, Neuwahl der Ortsverwaltung.
- Aue i. S.** Sonntag, 20. Dez., nachmittags 3 Uhr, Reiz. Gambirius.
- Augustburg (Wlg.).** Samstag, 12. Dez., abends 8 Uhr, im „Blauen Post“.
- Samburg (Wlg.).** Samstag, 12. Dez., abends 8 Uhr, im Rest. Mariusträde.
- Sarmen (Klemmer u. Jnsaladatore).** Sonntag, 13. Dezember, vorm. halb 11 Uhr, bei Thiel, Parlamentstr. 5.
- Sarmen-Gierfeld (Mittengangs-schloßherren).** Samstag, 12. Dez., abends halb 9 Uhr, bei Thiel, Sarmen, Parlamentstr. 5.
- Sayreuth.** Samstag, 12. Dez., abds. 8 Uhr, bei Böhl, im „Kreuz“.
- Berlin Baumannschläger.** Sonntag, 6. Dez., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Vortrag, Diskussion, Wahl der Agitations-Kom.
- Formex u. Berufsgeoffen.** Sonntag, 6. Dez., vorm. 10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshaus, Engländer 15, Saal 4.
- Bielckfeld (Romb. Ver.).** Sonntag, 13. Dez., vormittags 10 Uhr, bei Ritter Indiestel, Bürgerweg 14.
- Bitterfeld.** Samstag, 12. Dez., halb 9 Uhr, im „Gambirius“, Zögnerstraße. Neuwahl der Ortsverwaltung.
- Bonn a. Rh.** Samstag, 12. Dez., abds. 5 Uhr, bei Fassbender, Rajenienstr.
- Braunschw. (Allgem.).** Samstag, 12. Dez., abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Berber 32.
- Breunen (Wlg.).** Dienstag, 8. Dez., abends halb 9 Uhr, im Vereins-haus, Fankentstr. 21/22.
- Breunen (Gold- und Silberarbeiter).** Samstag, 12. Dez., abds. halb 9 Uhr, bei 2. Pütz, Braustr. 16.
- Breslau (Elektromonteur).** Jeden Sonntag nach dem 15. eines Monats bei Großert, Neue Oberstraße 13a.
- Büdelndorf (Formen).** Jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr, bei Zagarins.
- Burg.** Jeden Samstag vor dem 15. im Monat, abends halb 9 Uhr, bei Proggasch am Grund.
- Grimmitzschau i. S.** Samstag, 12. Dez., abends halb 9 Uhr, in Ahner's Herberge, Johannesplatz.
- Deffau.** Samstag, 12. Dez., abends halb 9 Uhr, im Burgteiler, Amalienstr.
- Döbeln.** Samstag, 12. Dez., abends halb 9 Uhr, in der „Muldentrassle“.
- Drohheim.** Samstag, 12. Dez., abends 8 Uhr, in der „Trone“. Vorredung und Vorstandswahl.
- Duisburg.** Samstag, 12. Dezember, abends 9 Uhr, im „Gambirius“, Vortag.
- Eisenach.** Freitag, 11. Dez., abends halb 9 Uhr, im Gasthof zum „Frohlichen Mann“.
- Eisenfeld (Wlg.).** Samstag, 12. Dez., abends halb 9 Uhr, im Volksklub, Hochstr. 83.
- Eldorf (Formen).** Sonntag, 13. Dez., vorm. halb 12 Uhr, i. Gewerkschafts-

